: antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 3.6.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Übergriff auf neu eröffnete KZ-Gedenkstätte in Hamburg

Am Sonnabend, den 8.5. wurde die kleine neue KZ-Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Neuengammer Frauen-Außenlagers Wandsbek in Hamburg in Anwesenheit dreier Überlebender des Lagers eröffnet. Alle drei Frauen äußerten ihre Freude darüber, dass nun würdig an ihre Haftzeit und das Leiden ihrer Mithäftlinge erinnert werde. Schüler/innen des Charlotte-Paulsen-Gymnasiums arbeiten zurzeit am Entwurf eines Mahnmals, das die Gedenkstätte im Sommer vervollständigen wird. Bestandteil der neu eröffneten Gedenkstätte waren sechs Granitwinkel mit Glastafeln, auf denen 483 der Frauen namentlich benannt und auch 24 Unbekannte erwähnt wurden.

Waren vor einigen Wochen bereits Informationstafeln sowie eine Bank der im Aufbau befindlichen Gedenkstätte mit Hakenkreuzen beschmiert worden, entdeckten Anwohner jetzt, dass die sechs Glastafeln mit den Namen der dort inhaftierten Frauen abgeschraubt und gestohlen worden waren. Zudem waren neu gepflanzte Heckenpflanzen aus der Erde gerissen und liegen gelassen worden. Neonazistische Schmierereien oder weitere Zerstörungen wurden nicht entdeckt. Die Polizei wurde sofort eingeschaltet.

Am 31. August 1944 waren hier über 500 Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück – die meisten von ihnen politische Häftlinge aus Polen, Russland, Slowenien, Belgien, den Niederlanden, Tschechien und Deutschland – zur Zwangsarbeit ins Außenlager Wandsbek gebracht und in der Gasmaskenproduktion der Firma Dräger sowie in den letzten Kriegswochen bei Aufräumarbeiten im zerstörten Hamburg eingesetzt worden.

Die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme ist wütend und schockiert über diese erneute Beschädigung der KZ-Gedenkstätte in Wandsbek innerhalb weniger Wochen und hofft auf ihre schnelle Wiederherstellung. Den Zerstörer/innen muss eines klar sein: Wir werden nicht nachlassen in unseren Bemühungen um einen würdigen Gedenkort! (…) *PE der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V., 10.5.10* ■

Aus dem Inhalt:

Protest gegen Bundesparteitag von „pro Deutschland" am 5.6.

Berlin. Unter dem Deckmantel von Islamkritik, Frauen- und Bürgerrechten versucht nun die selbsternannte Bürgerbewegung „pro Deutschland" einen rassistischen Konsens in Berlin gesellschaftsfähig zu machen und will ihren Ableger „Pro Berlin" bei ihrem Bundesparteitag in Berlin am 5. Juni in Startposition für die Abgeordnetenhauswahl 2011 bringen.

Zum Frontmann soll der von der DVU zu „pro Deutschland" gewechselte schwedische Multimillionär Patrik Brinkmann gekürt werden, der seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt und gerade beim Wahlkampf in NRW unter dem Slogan „Abendland in Christenhand" eine grandiose Bauchlandung hingelegt hat. Unterstützen sollen ihn dabei Markus Beisicht, Vorsitzender von „pro Köln" und „pro NRW" sowie Manfred Rouhs, Vorsitzender von „pro Deutschland", die beide früher unter anderem bei den Republikanern und der rechten Deutschen Liga für Volk und Heimat aktiv waren. Nahtlos reiht sich hier auch das neueste „prominente" Mitglied Andreas Molau, Vorsitzender der rechten „Gesellschaft für freie Publizistik" und ehemaliges Mitglied der NPD sowie der DVU ein. Wie diesen dreien ist einer Reihe von FunktionärInnen und Mitgliedern der pro-Bewegungen eine frühere Mitgliedschaft in rechten Parteien und/oder Querverbindungen zu unterschiedlichsten rechten Gruppen und Parteien, bis hin zur NPD nachzuweisen.

Zusammen mit rassistischen Parteien wie Vlaams Belang. Lega Nord, FPÖ sowie in einer Reihe mit Pax Europa, anderen Pro-Bewegungen und Freien Wählervereinigungen, mit MoscheegegnerInnen wie der Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB) hetzen sie gegen MigrantInnen und fantasieren den Untergang des „christlich-jüdischen Abendlandes" durch eine „schleichende Islamisierung" Europas herbei. Ihr Konstrukt eines exklusiv „christlich-jüdischen Abendlandes" zielt mit rassistischen Argumenten darauf ab, über das Feindbild Islam MigrantInnen auszugrenzen. Sozioökonomische und politische Aspekte werden als kaum zu überwindende kulturelle Modelle verschleiert und der Islam als eine Art Vehikel benutzt, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechteabbau zu legitimieren.

Wir nehmen die Propaganda der RassistInnen als das, was sie ist: einen gezielten Angriff auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – unabhängig von Religion und Herkunft. Deswegen ruft der Berliner VVN-BdA alle Berlinerinnen und Berliner auf: Egal unter welchem Dach sich RassistInnen oder Nazis versammeln, ob im Rathaus Schöneberg oder anderswo – wir werden da sein! Wir wollen weder ihre Parteitage noch ihre Anwesenheit in Parlamenten in Berlin! Klares Votum am 5. Juni 2010: Berlin Wahlen 2011 – 0 % für RassistInnen und Nazis!

Aktuelle Hinweise: http://berlin.vvn-bda.org/, Berliner VVN-BdA e.V. ■



Köln. Mit einer kleinen Gedenkveranstaltung wurde am 30. Mai an die Deportation von mehr als 1000 Sinti und Roma im Mai 1940 erinnert, die aus dem bereits 1935 errichteten ‚Zigeunerlager' in Bickendorf über den Bahnhof Köln-Deutz inGhettos und Ver nichtungslager im besetzten Polen gebracht wurden. Nur einige wenige überlebten.

Vorwürfe gegen Röhl

KÖLN. Anja Röhl, Tochter des einstigen „Konkret"-Gründers und Publizisten Klaus Rainer Röhl, hat ihrem Vater in einem Beitrag für den „stern" (19/2010) jahrelangen Missbrauch vorgeworfen. „Einen der wichtigsten Männer, die offen Pädophilie propagiert haben, habe ich in der eigenen Familie gehabt, er heißt Klaus Rainer Röhl und war mein Vater", so Anja Röhl. „Mich ergriff die Angst schon, als ich nur seine Schritte auf der Treppe hörte", beschreibt Anja Röhl die Beziehung zu ihrem inzwischen 81-jährigen Vater, der heute in Köln lebt. Mitte der 1990er Jahre trat Klaus Rainer Röhl in die FDP ein. In seinem 1994 erschienenen Buch „Linke Lebenslügen" rechnete er mit der Linken ab. Vom rechten Rand gab es dafür viel Beifall. Heute ist der gebürtige Danziger regelmäßiger Autor in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt" und Kolumnist der in Grevenbroich verlegten rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei". Die Vorwürfe seiner Tochter weist der Biedermann als „erfunden" zurück. Der „eigentliche Hintergrund" sei ein politischer, mutmaßt er. *hma* ■

Molau bei „Pro NRW"

LEVERKUSEN. Der gerade erst zur extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW" gewechselte „patriotische Publizist und ehemalige Waldorf-Lehrer" Andreas Molau soll künftig die Öffentlichkeitsarbeit der „Pro NRW"-Ratsfraktion in Leverkusen „mit neuen Ideen unterstützend begleiten". Dort dürften Molaus Kenntnisse als ehemaliger Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern und als Redakteur verschiedener extrem rechter Publikationen sehr hilfreich sein. Gerüchte, er sei als Vorsitzender der 1960 mit Unterstützung von Altnazis gegründeten neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) zurückgetreten, dementierte Molau schnell. Richtig sei, „dass ich nach fünf Jahren nicht mehr für den Vorsitz kandidiere", so der ehemalige NPD-Bundesfunktionär, der zuletzt noch ein kurzes Gastspiel bei der DVU gab. Auf der Mitgliederversammlung der „GfP" werde er Rechenschaft über seine Arbeit ablegen. *hma* ■

SZW-Tagung im Kloster Schöntal

SCHÖNTAL. Das „Studienzentrum Weikersheim", dem in der Vergangenheit eine Scharnierfunktion zur extremen Rechten nachgesagt wurde, führt am 13. und 14. Juni im Kloster Schöntal seinen 33. Jahreskongress durch. Unter dem Motto „Es geht um die Zukunft von Deutschland und Europa!" werden als Referenten Prof. Dr. Alexander Demandt (Berlin), Prof. Dr. Dietrich Murswiek (Freiburg) und Prof. Dr. Wilhelm Hankel (Königswinter) angekündigt. Alle drei angekündigten Referenten wurden in der Vergangenheit in der „Jungen Freiheit" interviewt. Hankel, gern gesehener Gast bei Elsässers „Volksinitiative", betätigt sich für das Berliner Rechtsaußenblatt auch als regelmäßiger Autor. *hma* ■

„Paneuropa-Tage" in Heppenheim

HEPPENHEIM/BERGSTRASSE. Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) finden vom 11. bis 13. Juni die diesjährigen „Paneuropa-Tage" der „Paneuropa-Union Deutschland" in Heppenheim statt. Zu den angekündigten Referentinnen und Referenten der Tagung unter dem Motto „Zusammen überleben: PANEUROPA" gehören Europaparlamentarier aus Deutschland, Polen, Rumänien und Estland, „Lebensschützer" wie Hubert Hüppe und „AlfA"-Chefin Dr. Claudia Kaminski sowie der Vorstandssprecher der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte", Martin Lessenthin. Zu den Festrednern zählt auch Prof. Rocco Buttiglione, Vizepräsident des Italienischen Abgeordnetenhauses. *hma* ■

Gericht erklärt Hakenkreuz zum Kulturerbe 19. Mai 2010

VILNIUS. Ein Gericht in der litauischen Hafenstadt Klaipeda, dem früheren deutschen Memel, hat das Zurschaustellen von Hakenkreuzen für straffrei erklärt und das Hakenkreuz zum Teil des kulturellen Erbes Litauens erklärt. Das Gericht wies damit die Beschwerde von Teilnehmern an den Unabhängigkeitsfeiern am 16. Februar dieses Jahres zurück, die sich durch vier Männer gestört fühlten, die bei der Kundgebung mit Schilden auftauchten, die mit Hakenkreuzen versehen waren.

Die Rechtsanwälte der vier angeklagten Personen beriefen sich darauf, dass das Hakenkreuz kein Nazi-Attribut sei, sondern ein durch historische Funde untermauertes Sonnensymbol. Hakenkreuze seien vielmehr „wertvolle Symbole der baltischen Kultur", zitierte die Nachrichtenagentur BNS einen Zeugen der Verteidigung. Sie repräsentierten nicht den Faschismus, sondern die „Architektur des Universums".

Sowjetsymbole wie Hammer und Sichel sind in Litauen dagegen seit rund zwei Jahren verboten. Auch in den anderen beiden baltischen Staaten Estland und Lettland herrschen ähnliche Tendenzen.

Quelle: http://derstandard.at/ ■

Entscheidung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Wassilij Kononow

STRASSBURG. Vor zwei Jahren konnte die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall des lettischen Partisanen Wassilij Kononow begrüßen. Dessen Verurteilung im Jahre 2004 in Riga wegen angeblicher Kriegsverbrechen 1944 wurde aufgehoben.

Zwei Jahre nach diesem Urteil, während die Welt den 65. Jahrestag des Sieges über den Faschismus feiert, hob der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sein eigenes Urteil auf und bestätigt letztendlich das lettische Urteil gegen die antifaschistischen Kämpfer: Die lettischen Richter dürfen die Partisanen als „Kriegsverbrecher" verurteilen.

Der Europäische Gerichtshof stellt sich damit an die Seite der Geschichtsrevisionisten, die insbesondere in Lettland versuchen die SS-Freiwilligen als „Kämpfer für die Freiheit Lettlands" zu rehabilitieren und zu glorifizieren. In den vergangenen Jahren marschierten am 18. März ehemalige SS-Freiwillige und Neofaschisten in Lettlands Hauptstadt Riga – unter dem Schutz der Polizei.

Wir erklären uns solidarisch mit Wassilij Kononow. Niemand kann und wird eine solche Entscheidung auf europäischer Ebene akzeptieren. Wir appellieren an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, jetzt ein deutliches Signal an alle europäischen Staaten zu geben, dass der Befreiungskampf der Völker gegen die faschistische Barbarei nicht geleugnet und kriminalisiert werden darf. Das Parlament sollte deutlich machen, dass der antifaschistische Widerstand eine Basis für die Entwicklung eines friedlichen Europas bis heute war und ist.

Michel Vanderborght, Präsident
Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär
FÉDÉRATION INTERNATIONALE DES RÉSISTANTS (FIR) ASSOCIATION ANTIFASCISTE ■

Gegen rechte Zeitschrift „Zuerst" in Göttingen

GÖTTINGEN. Die neueste rechte Zeitschrift „Zuerst! Das Deutsche Nachrichtenmagazin" ist nun in Göttingen an vielen Stellen erhältlich. Es könnte das zentrale Publikationsorgan der Pro-Gruppierungen werden. Den Vertrieb in Göttingen werden wir nicht länger hinnehmen!

An vielen Orten ist die „Zuerst" in Göt-

tingen erhältlich: im Uni-Kiosk zwischen Blauem Turm und Z-Mensa liegt es exponiert neben der „Neon". Im Tonollo am Bahnhof ebenso wie beim Real-Markt in Weende ist das Magazin neben der „Konkret" unter- bzw. oberhalb des „Spiegel" positioniert.

Rechter Propaganda entschieden zu begegnen und zu bekämpfen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit. Die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, sowie antisemitischen Äußerungen und xeno- und homophober Hetze ist nicht akzeptabel. Der Chefredakteur Günther Deschner hat bereits mehr als einmal bewiesen, dass seine Positionen im rechten Abseits liegen, darüber kann im Falle von „Zuerst! Das Deutsche Nachrichtenmagazin" auch das Layout nicht hinwegtäuschen.Auf unserer antifaschistischen Stadtrallye „Unser Hund bellt da, wo wir wollen!" am 29. Mai 2010 werden wir den Vertrieb von „Zuerst!" über Tonollo in einer Kundgebung thematisieren. Dies wird der Startpunkt für weitere Aktionen gegen die rechte Zeitschrift sein.

Antifaschistische Linke International >A.L.I.<, www.ali.antifa.de | www.inventati.org/ali ■

Keine Zukunft für Nazis!

HILDESHEIM. Unter dem menschenverachtenden Motto „Tag der deutschen Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung" rufen Nazis zu einem Aufmarsch am 5. Juni 2010 in Hildesheim auf. Bereits im vergangenen Jahr fand solch ein „Tag" in Pinneberg statt und soll als neues alljährliches Nazi-Event in Norddeutschland etabliert werden. Im Aufruf zu Protesten heißt es:

„Mit dem Motto wollen die Neonazis ihr menschenverachtendes Weltbild in die Öffentlichkeit tragen. Dabei versuchen sie an Vorurteile, die auch in der Mitte der Gesellschaft bestehen, anzuknüpfen.Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn Nazis ihre faschistische Propaganda auf die Straße tragen! Wir werden die Nazis blockieren! Mit Massenblockaden ist es in den letzten Jahren – zuletzt in Dresden, Lübeck und Berlin – schon mehrfach gelungen, Naziaufmärsche zu stoppen. Sie



bieten erstmals eine erfolgversprechende Gegenstrategie gegen das seit 20 Jahren erstarkende öffentliche Auftreten rechter Gruppierungen. Unser Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns den Nazis in den Weg.

Das Aktionsniveau der Blockaden haben wir durch einen gemeinsam ausgehandelten Aktionskonsens bestimmt.

Die Blockade des Naziaufmarsches in Hildesheim ist Teil vielfältigen Widerstandes. Eine solche Vielfalt an Aktionsformen kann gegen den Aufmarsch nur dann etwas ausrichten, wenn wir gemeinsam agieren.Genau das haben wir uns für Hildesheim vorgenommen: Keine Zukunft für Nazis! *mehr Infos: nazis_blockieren@yahoo.de* ■

Erneute Drohung gegen den LINKEN Lutz Richter

PIRNA. Drei Monate nach dem Brandanschlag auf das Auto des LINKEN Kreisgeschäftsführers Lutz Richter, gibt es erneut Drohungen gegen ihn. In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai beschmierten rechter Täter das Wohnhaus seiner Mutter in Lohmen, sowie das Wohnhaus der Mutter seiner Lebensgefährtin in Pirna-Copitz.

„Wir haben Namen und Adressen! Lutz Richter" steht nun an den Häusern in großen Buchstaben. Da die richtige Adresse von Lutz Richter seit Langem bekannt ist, muss davon ausgegangen werden, dass die Bedrohung im familiären Umfeld gesprüht wurde, um genau da Angst zu erzeugen. Dies ist Bestandteil des nazistischen Konzeptes der „national befreiten Zonen" – also Angstzonen.

Lutz Richter sagt zu dem Vorfall: „Neonazis der Region versuchen die eigene Szene neu zu organisieren. Gezielte Übergriffe, Anschläge und Sachbeschädigungen sind integraler Bestandteil rechter Gruppen. Es kommt nun darauf an konsequent weiter gegen diese Ideologie und ihre Protagonisten weiterzuarbeiten. Vor wenigen Tagen jährte sich der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus zum 65. Mal. Wir, als Gesellschaft, sind verpflichtet nicht nur daran zu erinnern, sondern auch dafür zu sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholen kann. Dazu gehört auch das Eintreten gegen Neonazis und rechter Ideologie."

AKuBiZ e.V., 21.5.2010 Alternatives Kultur- und Bildungszentrum e.V., http://akubiz.de ■

KZ Buchenwald: Digitales Totenbuch im Internet

Am 9. April 2010 wurde das digitale Totenbuch KZ Buchenwald mit über 38.000 Namen Online veröffentlicht. Auf Recherche klicken und dann in der Suchmaske unter Geburtsort den Ort eingeben, dann erscheinen die Namen und die Häftlingsnummern des entsprechenden Ortes. http://www.buchenwald.de/totenbuch



Antisemitischer Angriff auf jüdische Gemeinde

PINNEBERG. Am 14.5.2010 zwischen 19.00 und 21.00 Uhr wurde vor dem jüdischen Gemeindezentrum in Pinneberg, vermutlich von Nazis, das Auto einer Gottesdienstbesucherin mit einem Hakenkreuz beschmiert. Eine Personengruppe, die der rechten Szene zugeordnet wird, wurde in der Tatzeit vor dem jüdischen Gemeindezentrum gesehen.

Die Antifaschistische Initiative Pinneberg sieht diesen erneuten Angriff auf die Jüdische Gemeinde in einem Zusammenhang mit der Beschmiererei der Stolpersteine in Pinneberg eine Woche zuvor. Schon 2008 wurde die Jüdische Gemeinde in Pinneberg angegriffen. In der Nacht vom 15.6. auf den 16.6.2008 haben unbekannte Täter_innen eine Pflasterstein in den Gebetsraum geworfen. Ein anonymer Anrufer meldete sich dann mit folgender Botschaft: „Das kann öfters passieren. Ihr habt jetzt keine Ruhe mehr. Sieg Heil!"

Auch schon 2003 schändeten Mitglieder einer Pinneberger Nazi-Gruppe den Friedhof der jüdischen Gemeinde in Neustadt/Holstein. Mehrere Grabsteine wurden mit roter Farbe beschmiert. Als Warnhinweis wurde ein aufgeschlitztes Ferkel von den beiden später gefassten Mitgliedern von C-18 Pinneberg auf dem Gelände des Friedhofes hinterlassen.

Überraschen tut uns der Angriff auf die Gemeinde leider nicht. Der Angriff passt in eine Reihe von anderen gewalttätigen Angriffen von Nazis im Kreis Pinneberg gegen die Jüdische Gemeinde wie auch auf andere Menschen, die sich aktiv den Nazis in den Weg stellen.

Wie z. B. 2008 der Steinwurf auf die Jüdische Gemeinde, 2009 der Angriff auf Besucher_innen einer Veranstaltung in Elmshorn, wo es um Nazis ging, die Steinwürfe am Neujahrsmorgen 2010 auf ein Haus in Elmshorn durch Nazis und auch das Schänden der Stolpersteine vor einer Woche, die erst im Dezember 2009 verlegt wurden.

Gegen Antisemitismus und Rassismus!

Solidarität mit der jüdischen Gemeinde Pinneberg! Wir werden weiterhin keine Nazis im Kreis Pinneberg dulden!

Antifaschistische Initiative Kreis Pinneberg ■

Islamophobe Freiheits-Partei

Niederlande. Seit 10 Jahren wird die Debatte über die Integration in den Niederlanden durch rechte Populisten dominiert. Zuerst war es Pim Fortuyn, der die politische Arena kurz nach den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 betrat. Seit 2004 ist es die Freiheitliche Partei (Partij Voor de Vrijheid - PVV), geführt durch den weltweit bekannten und ehemaligen liberalen Parlamentarier Geert Wilders.

Seit den neunziger Jahren folgen Millionen von Wählern, repräsentiert mit etwa 30 Sitzen im 150 Sitze starken Parlament, diesem Trend. Sie sind es gewohnt, zwischen den traditionellen Parteien wie die rechtsliberale Partei für Freiheit und Demokratie (VVD), der Labour-Partei (PvdA), den Liberaldemokraten (D'66) und den Christdemokraten (CDA) hin und her zu wechseln. Nach 8 Jahren „violetter“ Regierung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten schienen die ideologischen Differenzen zwischen den Parteien verschwunden zu sein. Zur gleichen Zeit brach in einigen Städten das Tabu, über Probleme mit der Integration und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu sprechen, was bisher die Domäne der rassistischen und faschistischen Parteien war. Am Ende der neunziger Jahre verlor der letzte Vertreter der extremen Rechten seinen Sitz im Parlament und ein sozialdemokratischer Meinungsführer erregte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mit einem breit diskutierten Artikel mit dem Titel „Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“.



Geert Wilders und andere Mitglieder seiner Fraktion verlassen das Parlament während einer Debatte zur Finanzkrise, Den Haag 26. März 2009

Die Angriffe von „9 /11“ lösten in den Niederlanden eine große Anzahl von Brandanschlägen auf Moscheen und islamische Einrichtungen aus, mehr als in jedem anderen Land in Europa. Fortuyns Stern erhob sich und er forderte die politische Ordnung mit Angriffen auf den Islam, Immigration, Integration und den antirassistischen Konsens heraus. In seiner Heimatstadt Rotterdam wurde er aus dem Nichts heraus zur größten Partei. Kurz vor den Parlamentswahlen im Mai 2002 wurde Fortuyn von einem Umweltschützer getötet, der behauptete, er wolle den rassistischen und gefährlichen Fortuyn stoppen. Fortuyns Partei, nun mit einem toten Führer, erhielt aus dem Stand 26 Sitze und trat in eine Regierungskoalition ein. Die 26 Sitze sind mehr oder weniger die gleiche Anzahl, die derzeit für die Freiheitliche Partei von Geert Wilders möglich sind.

In dem Augenblick, als die Nerven der multikulturellen Gesellschaft blank lagen, ermordete ein islamischer Fanatiker den Filmemacher Theo van Gogh in Amsterdam im Jahr 2004. Wochen mit Brandanschlägen auf Moscheen und individuellen Angriffen auf Muslime folgten. In jenen Tagen gründete Wilders, der sich von seiner Partei VVD abgespalten hatte wegen seiner Weigerung, mit der Partei einem eventuellen Eintritt der Türkei in die EU zuzustimmen, seine Anti-Islam-Partei und radikalisierte sie schnell. Obwohl er nur einen Sitz im Parlament hat, nutzt er diese Plattform optimal und er bestimmt mehr und mehr die Debatte über Einwanderung und Islam.

Bei jedem kleinen Anlass tobt Wilders, er will radikale Islamisten ohne juristische Intervention festhalten oder die Verfassung außer Kraft setzen, um „Straßenterrorismus“ zu bekämpfen, wobei es sich um nichts anderes als Fehlverhalten und Kleinkriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund handelt. Die politischen Gegner Wilders schweigen, aus Angst als „links, schwach und Anhänger der multikulturellen Gesellschaft“ gebrandmarkt zu werden.

Wilders, seit 2004 stark bewacht wegen befürchteter Anschläge auf sein Leben, gewann bei den Wahlen 2006 neun Sitze. Er schaffte es immer und immer wieder in die Schlagzeilen mit der Warnung, dass „ein Tsunami des Islam“ über die Niederlande kommen würde.

Soweit es bekannt ist, wird die PVV von unterschiedlichen Menschen aus verschiedenen Schichten der Gesellschaft unterstützt: ehemalige Liberale, klassische Rassisten, Menschen mit mittlerem Einkommen, die Angst vor Muslimen haben, aber überwiegend in weißen Gegenden leben und von „progressiven Meinungsmachern“, die vorgeben die „Meinungsfreiheit“ für Wilders zu verteidigen, die niederländische Gesellschaft vor dem „rückständigen Islam“ schützen und die Rechte von Frauen und Homosexuellen wahren zu wollen.

Die PVV präsentiert sich selbst als „anti-politisch“, man wolle die Niederlande vom Islam „reinigen“ sowie von „linken Hobbys“ wie Entwicklungshilfe und Subventionen für Integrationsprojekte. Wilders ist der einzige, der die Partei kontrolliert und er nimmt keine staatlichen Subventionen, so dass auch kein Einblick in die Finanzen seiner Partei gegeben ist. Die PVV ist mehr eine Bewegung als eine Partei, und das scheint für die Wähler attraktiv zu sein.



Protest von Unterstützern Geert Wilders bei der ersten Sitzung seines Prozesses, Amsterdam, 20. Januar 2010

Außerhalb der Niederlande wird Wilders als „Freiheitskämpfer gegen den Is-

lam' bejubelt und er wird von Ultra-Konservativen in den USA, Dänemark, Israel und Großbritannien unterstützt. Wilders reist viel, um seinen anti-islamischen Videoclip Fitna zu promoten und um Geld für seine Verteidigung vor Gericht zu sammeln. Wilders wird nach den Wahlen im Juni dieses Jahres vor Gericht stehen, wegen Anstiftung zu Hass und Diskriminierung und Beleidigung einer Gruppe.

Die Freiheits-Partei ist derzeit mit 9 Sitzen (579.490 Stimmen, 6 % der Stimmen) im niederländischen Parlament vertreten und Umfragen sagen ihnen zwischen 20 und 26 Sitze bei den nächsten Wahlen am 9. Juni voraus. In Den Haag und Almere nahm die PVV an den Kommunalwahlen teil und gewann 9 der 39 Sitze in Almere, so dass sie dort die stärkste Partei ist, und 8 der 45 Sitze in Den Haag, wodurch sie zur zweitstärksten Partei wurde.

Im Europäischen Parlament hat die Freiheits-Partei 4 (772,746 Stimmen, 17 % der Stimmen) der 25 niederländischen Sitze im Europäischen Parlament gewonnen. Im Europaparlament haben sie sich keiner Fraktion angeschlossen.

In Den Haag und Almere macht sie ihr Eintreten für ein radikales Kopftuchverbot in staatlichen Institutionen (zum Beispiel in Bibliotheken) unfähig, die Städte in einer Koalition mit zu regieren.

Bei den bevorstehenden Wahlen vom 9. Juni könnte die PVV auf das Doppelte oder Dreifache ihrer bisherigen Größe wachsen, aber die Chancen auf Eingehen einer Regierungskoalition bleiben gering. Da die PVV nicht im Senat vertreten ist, wo eine Regierung die Mehrheit haben muss, werden andere Parteien sie möglicherweise ausschließen.

Die sicherste Position jedoch für die Freiheitliche Partei ist es, eine Mitte-Rechts-Regierung zu unterstützen, ohne selbst zu regieren. *Jeroen Bosch* ■

5000 Statements – 5 Gedanken und ein Dankeschön

Die VVN-BdA hat ihr Kampagnenziel – bis zum 8. Mai 5000 Stellungnahmen für das NPD-Verbot zu sammeln – erreicht

1. Der polnische Schriftsteller und Historiker Aleksander Swietochowski (1849-1938) schrieb: „Der kleine Mut kämpft gegen die böse Absicht, der große Mut gegen vollzogene Tatsachen, mit denen sich die Mehrheit abgefunden hat." 5000 Bürger unseres Landes haben couragiert ihre ablehnende Meinung zu einer wesentlich steuerfinanzierten und Verfassungsschutz-geschützten Partei, deren neofaschistischer Ideologie und deren gewaltbereiten Handlangern geäußert, zu einer Partei, die Nichts aus der Geschichte gelernt hat, zu einer Partei, die Andere schon wieder für normal und demokratisch legitimiert halten. – Diese 5000 Statements sind ein Erfolg, unser Erfolg.

2. Im Jahr 2007 hatten mehr als 175.000 Menschen mit ihrer Unterschrift unter unseren Brief die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, sich für ein Verbot der NPD einzusetzen. Jetzt liegen 5000 persönliche Erklärungen vor, die deutlich machen: Dieses Land hat wirklich vieles nötiger als eine Partei, die es – dem Potsdamer Abkommen folgend – gar nicht geben dürfte - vor allem gesellschaftliche Verhältnisse, die neofaschistischen, rassistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Gedanken keinen Nährboden bietet. Jede dieser Erklärungen erforderte eigenes Nachdenken und den Mut, sich öffentlich zu seinen Auffassungen zu bekennen. Diese 5000 Statements sind auch deshalb ein Erfolg, unser Erfolg.

3. Die Botschaft der Überlebenden der faschistischen Barbarei „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!" ist noch immer nicht eingelöst. Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, Neofaschismus und Rechtsextremismus bedrohen die Demokratie.

Deshalb ist das 5000-fache NEIN zur NPD auch ein würdiger Beitrag zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Es erinnert an diese Botschaft und mahnt ihre Realisierung an. Dieses 5000-fache NEIN zur NPD ist auch ein 5000-facher EINSPRUCH gegen die Neuinterpretation von Geschichte, und das ist ein Erfolg, unser Erfolg.

4. 5000 Statements – das sind 5000 Denkanstöße für die etablierte Politik. Die sollte ihren immer wieder wohlgesetzten Worten endlich Taten folgen lassen, Verfahrenshindernisse beseitigen und ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD auf den Weg bringen. Legen wir den Innenministern in Bund und Ländern, den Fraktionen in den Parlamenten unsere guten und gewichtigen Argumente auf den Tisch. Zwingen wir sie, sich immer wieder mit dem Thema zu befassen. Auch das wäre ein Erfolg, unser Erfolg.

5. 5000 Meinungen machen auch Hoffnung: „Solange sich Menschen noch erregen können, ist nichts verloren" (Klaus Frühauf, Autor).

Dank an alle, die sich beteiligt haben.

Michael Landmann, Kampagnengruppe ■

Die Statements können weiter auf der Kampagnen-Webseite nachgelesen werden: www.npd-verbot-jetzt.de

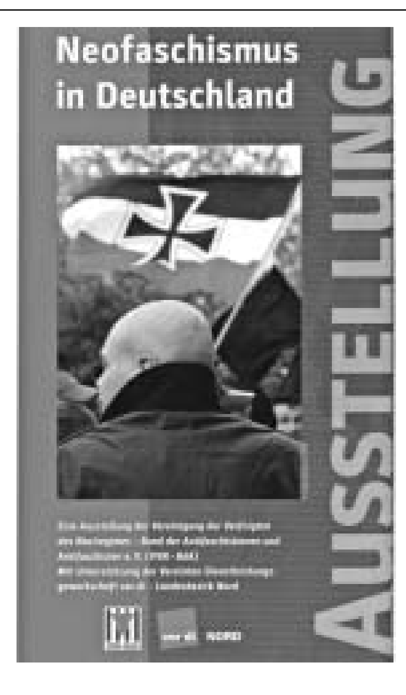
Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland" kann wieder ausgeliehen werden

In der Bundesrepublik werden Menschen beschimpft, bedroht, zu Tode getreten oder bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie als Fremde oder Andersdenkende gehasst werden - über 100 Todesopfer hat die neofaschistische Gewalt seit 1990 bereits gefordert. Geht hier die jahrelange Saat von Alt- und Neofaschisten auf? Können diese Ereignisse mit denen aus der NS-Zeit verglichen werden? Haben die Ausbreitung rassistischen Denkens und die daraus erwachsene Gewalt heute ganz andere Gründe als damals?

Die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland" will dazu beitragen, dass diese Bilder nicht auf Dauer zum deutschen Alltag gehören. Sie will über Ideologie und Praxis des Neofaschismus informieren. Sie will Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns benennen. Mit Unterstützung der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Landesbezirk Nord wurde eine völlig überarbeitete Fassung erstellt, die jetzt wieder zum Ausleihen zur Verfügung steht.

Die 26 vierfarbigen Tafeln im DIN-A1-Format sind auf unempfindlicher PVC-Folie gedruckt, mit Aluminiumschienen und Haken versehen und können problemlos gehängt werden. Es kann auch eine Fassung in DIN-A2 ausgeliehen werden. Die Ausleihgebühr beträgt 100,- Euro pro Verleihwoche.

Mehr Infos und Möglichkeit zum Ansehen der Ausstellungstafeln unter: http://www.vvn-bda.de/ ausstellungen/



300 bei Demonstration gegen Nazis in Walsrode

WALSRODE. In der Nacht zum 8. Mai 2010, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, wurden nahezu alle Scheiben des Jugend- und Kulturzentrums in Walsrode (JUZE) zerschlagen und an die Wand der Spruch „Jetzt kommt unser Zug“ geschmiert. Am Abend des 8. Mai sollte im JUZE ein Konzert zugunsten der Initiative „Zug-der-Erinnerung auf der Heidebahn“ (ZdE) stattfinden. JUZE-Team, Stadtbauhof und antifaschistische Jugendliche sorgten dafür, dass das Konzert dennoch stattfinden konnte und mit 130 Gästen gut besucht war.

Für alle Betroffenen, etliche Ratsmitglieder, Gewerkschaften und andere war sofort klar, dass das ein Anschlag der Walsroder Nazi-Szene war, der sich zugleich gegen Antifa-Veranstaltungen im JUZE und gegen das Z-d-E-Projekt richtete. Es war nicht der erste Anschlag aufs JUZE. Am Montag 10.5.10 trafen sich ganz unterschiedliche Gruppen, gründeten das „Walsroder Bündnis gegen Nazis“ und einigten sich auf einen Aufruf zur Demonstration am Samstag 15.5.10 in Walsrode.

Zum Bündnis gehören Stadtmarketing Walsrode, AG Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage der BBS Walsrode, Antifaschistische Initiative SFA, Atarov-Unterstützerkreis (zur Rückholung der abgeschobenen Bomlitzer Familie), Bd.90/ Die Grünen, culture courage, ev. luth. Kirchengemeinde Walsrode und Kirchenkreis, Bildungsgewerkschaft GEW, Wandergesellen „Ehrbares Handwerk“, Kijuku eV, Gewerkschaftsjugend von IG BCE und ver.di, IGS-SchülerInnen Hannover-Linden, Initiative Zug-der-Erinnerung/Geschichtswerkstatt Hannover, Volleyballgruppe Benefeld und Umgebung, Sportverein CIWAN (kurdischer Sportverein), SPD, Die Grünen, Die Linke, DGB, ver.di, ver.di-Bildungszentrum Walsrode, und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA).

Dank unbürokratischer Unterstützung von Schulleitungen und etlichen Firmenchefs gelang die Verteilung des Aufrufs schnell.

Nazi-Povokation wurde zum Eigentor

Als dann 300 Menschen zur Demonstration kamen, erklärten die Initiatoren des Z-d-E erfreut, „dass so viele heute hier her gekommen sind, ist ein gutes Zeichen für gelebte Demokratie, für Solidarität mit jenen Bevölkerungsgruppen, die sich die Nazis früher wie heute als ihre Opfer auserwählt haben, und es ist ein gutes Zeichen für Courage gegen soziale Ausgrenzung, Rassismus und gegen alle Nazis“.

In seiner Rede sagte Pastor Herbert Seevers, dass rechtsradikale Gedanken, moderat geäußert, schleichend geduldet werden. Er betonte: „Wehren wir uns gegen diese Gedanken, auch wenn sie leise daherkommen“.

Jörg Meinke, VVN/BdA-Niedersachsen erinnerten die eingeschlagenen Scheiben an die Reichspogromnacht und die Sprühattacke daran, dass die Züge der Nazis viele Menschen in Vernichtungslager brachten. Da die Bürgermeisterin (CDU) keine Zeit hatte und ihr Stellvertreter für Monat Mai die Anfrage weiterreichte, empfing der stellvertretende Bürgermeister Dieter Heidmann (SPD) den Demonstrationszug mit den Worten, „Wir alle sind angegriffen worden“, denn das sei der wiederholte „Angriff der Rechten auf unser Jugendzentrum“.

Für den DGB erklärte das Regions- und Kreisvorstandsmitglied Charly Braun: „Nazis geben vor, gegen Sozialabbau und Globalisierung zu kämpfen. Aber sie wollen die Wirtschaftskrise mit Rassismus lösen. Das, was die kleinen Leute schützt, Tarifverträge und Gewerkschaften, wollen sie, wie damals, durch das Führerprinzip ersetzen. Demokratie ist ihnen ebenso ein Graus wie soziale Solidarität.“

In ihrem Beitrag zählte die autonome Antifa SFA die umfangreichen Vorfälle mit Neonazis im Landkreis Soltau-Fallingbostel auf. Der Grüne Bundestagsabgeordnete Sven Kindler machte als wesentliche Ursache für das Treiben der Neonazis die „menschenfeindlichen Strukturen in der Gesellschaft“ aus. Die Abschiebepolitik und der Sozialabbau seien Nährboden für Neonazis. Deutlich sprach er sich gegen die „Kriminalisierung des Antifaschismus“ aus. „Wer den 8. Mai nutzt, um dumpfe Parolen an Wände zu schmieren, hat nichts verstanden und beleidigt alle, die das Andenken an die Opfer des NS-Regimes aufrecht erhalten wollen“, stellte Juso-Landesvorsitzender Sören Klose klar. Und an Land und Bund gerichtet forderte er: „Der Kampf gegen Rechtsextremismus braucht nicht nur Courage, sondern auch finanzielle Mittel.“



FOTOs: DGB-KulturAK

Schmiererei am JUZE

Vorm Rathaus provozierte ein Nazi mit Megaphon, Deutschlandfahne, „SA SS“ auf den Rucksack geschrieben und ins Haar ein Hakenkreuz gemalt. Da das Gedränge um ihn und von Demoleitung und Ordnungsamt ausgesprochene Platzverweise nicht beeindruckten, schleppten Polizisten den Tobenden weg.

Dieser Vorfall ist für die Veranstalter nur ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, denn „es braucht eine aktive Zivilgesellschaft um gegen Nazis vorzugehen“, stellten sie abschließend fest.

Inzwischen wurde bekannt, dass in der Nacht zum 8. Mai im nahen Dorf Sieverdingen bei einer Fete immer wieder „Heil Hitler“ und anderes gerufen wurde.

- der Provinz-Bote - ■

Weitere Infos: antifa.sfa.over-blog.com

Erneut Freikorps Gedenkfeier in Schliersee

SCHLIERSEE. Am Sonntag, den 9.5.2010, fand in Schliersee erneut die sogenannte „Annaberg-Gedenkfeier“ statt. Rund 90 Personen aus unterschiedlichen rechten Spektren gedachten der „gefallenen Kameraden“ des rechts-terroristischen Freikorps Oberland[1].

Bei der Freikorpsgedenktafel[2] an der Schlierseer Weinbergkapelle trafen sich jahrelang ungestört Rechte unterschiedlichster Spektren zur „Annaberg-Gedenkfeier“. 2007 musste die bundesweit bedeutende geschichtsrevisionistische Veranstaltung nach antifaschistischer Intervention ausfallen. Seitdem erreichte das Gedenken einen weit kleineren Rahmen und wird nicht mehr öffentlich bekannt gegeben. Die Ideologie der rund 80 Teilnehmer_innen, die sich dieses Jahr im Schlierseer „Terofal“ trafen, hat sich jedoch nicht verändert. Es ist eine Mischung welche von rechts-konservativen Vertriebenenverbänden über lokale Neonazis bis hin zu bundesweit agierenden Nazi-Organisationen reicht. Neben der Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland um den Rosenheimer Kameradschaftsführer Jürgen Popp und Oberschlesiern legte auch die extrem rechte



Jürgen Popp (Rosenheim), „Führer“ der Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland bei der Annaberggedenkfeier 2006

Junge Landsmannschaft Ostdeutschland[3] einen Kranz nieder. Die NPD Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ bedauert, dass die Kränze an der Kapelle am Weinberg schweigend niedergelegt wurden. Ihren Angaben nach, wurden die Reden „bei der Saalveranstaltung, bei der viele junge Deutsche anwesend waren, nachgeholt.“

Damit entwickelt sich die 6500 Einwohner_innen zählende Gemeinde Schliersee immer mehr zu einem Anziehungsort für Alt- und Neonazis. So konnte das „Freie Netz Süd“ um den Neonazikader Norman Bordin am 14.11.2009 ungestört eine „Heldengedenkfeier“ am Schlierseer Rathaus abhalten.



Michael Hutter (Schliersee, Bildmitte- schwarzes Hemd) bei einer NPD-Kundgebung am 25.8.2009 in Miesbach

Die „Freien Nationalisten München“ unter Philipp Hasselbach führten einen „Nationalen Wandertag“ auf der Schliersbergalm durch und die NPD veranstaltete am 4.9.2009 eine Wahlkampfkundgebung am Schlierseer Bahnhof.

Allerdings sind es nicht nur auswärtige Faschisten, welche nach Schliersee kommen: auch in der Region wohnen Neonazikader. Beispielhaft zu erwähnen seien Michael Hutter und Stefan Leitner. Der erst 17-jährige Schlierseer Michael Hutter ist Vorstandsmitglied bei der Münchner Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) und wird dem Spektrum der „Freien Nationalisten München“ und der „Kameradschaft Miesbach“ zugeordnet.

Stefan Leitner aus Hausham war kurzzeitig JN Stützpunkleiter und soll sich jetzt in Kreisen der Nazikameradschaft „Nationale Solidarität Bayern“ bewegen. Leitner war am 8. Mai 2010, „Trommler“ beim nazistischen „Trommel- und Fackelmarsch“ in München. Dieser wurde jedoch nach nur etwa 500 Metern durch ein Blockade von rund 4500 Gegendemonstrant_innen gestoppt[4].

Während in München auch Kirchen, CSU und Bürgermeister zu Protesten gegen Nazis aufriefen, schweigen diese Kräfte in Schliersee seit Jahren[5] und die rechte Freikorps-Gedenkveranstaltung konnte einen Tag nach dem verhinderten Naziaufmarsch ungestört stattfinden.

Johannes Müller ■

Anmerkungen

1) Das Freikorps Oberland war ein paramilitärischer, deutschnationaler und antikommunistischer Freiwilligentrupp, welcher als Vorläuferorganisation der SA gilt. Es ging aus der antisemitischen „Thule-Gesellschaft“ hervor. Nach der brutalen Niederschlagung der bayerischen Rätedemokratie (1919) kämpften Teile des Freikorps Oberland gegen die revolutionären Arbeiter im Ruhrgebiet (1920). 1921 zog das Freikorps los gegen polnische Freischärler in Oberschlesien. Im Rahmen dieser Kämpfe kam es am 21.5.1921 zum sogenannten „Sturm auf den Annaberg“, anlässlich dem das jährliche „Gedenken“ in Schliersee stattfindet. Nicht nur in Oberschlesien zeichneten sich die Oberländer für Fememorde verantwortlich. Umbenannt als „Bund Oberland“ beteiligten sie sich 1923 wesentlich am „Hitler-Ludendorff-Putsch“. Am 9.11.1933 wurde dann die Fahne der „Freikorps Oberland“ feierlich an die SA übergeben. Das Ziel – das „Dritte Reich“ – war erreicht.

2) Zum Gedenken an die „in Oberschlesien gefallenen Kameraden“ wurde in Schliersee ein Denkmal gebaut, welches am 30. September 1923 eingeweiht wurde. Nicht nur aufgrund von Naziaufmärschen, entwickelte es sich in den Folgejahren zum faschistischen Pilgerort. Aus diesem Grund wurde das Denkmal 1945 von amerikanischen Streitkräften zerstört. Jedoch wurde bereits 1956 an der Schlierseer „Weinbergkapelle“ eine Gedenktafel mit der Aufschrift: „ Freikorps Oberland – Dem Gedenken seiner 52 im Freiheitskampf in Oberschlesien anno 1921 gefallenen Kameraden. Sie werden wieder auferstehen.“ angebracht.

3) Die JLO organisiert jährlich einen „Trauermarsch“ zur Bombardierung von Dresden im 2. Weltkrieg. Dieser hat sich in den letzten Jahren zu Europas größtem Nazievent entwickelt. In diesem Jahr aber konnte der Aufmarsch erstmals durch antifaschistische Sitzblockaden verhindert.

4) http://www.muenchen-ist-bunt.de/newsblog:muenchen_blockiert_erfolgreich_die_nazis

5) Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Annaberg Gedenkfeier wird vor allem vom Bündnis gegen Rechtsextreme Umtriebe im Oberland getragen. www.freikorps-oberland.de

„Die haben sich nicht für uns interessiert…“

Beklemmendes zum Antifaschismus in Zeiten des Kalten Krieges

Es kommt nicht häufig vor, dass man bei zwei Referenten von einem hochkarätig besetzten Podium sprechen kann. Die allmonatliche Veranstaltung der VVN in der Seidlvilla am 28.4. hat diese Qualifizierung jedoch ohne weiteres verdient, sprachen doch mit Martin Löwenberg und Ernst Grube zwei Antifaschisten und ehemalige Verfolgte des Naziregimes, deren Bedeutung für die antifaschistische Arbeit und Aufklärung in München gar nicht überschätzt werden kann. Und eben diese Arbeit nach dem unmittelbaren Terror war das Thema des Abends. Friedbert Mühldorfer wies in seiner Einleitung darauf hin, dass man bewusst die Vorgeschichte der beiden Referenten, den Weg in Widerstand und Verfolgung, an diesem Abend außen vor lassen wollte. Vielmehr ging es um das Schicksal sowohl antifaschistischer Vorstellungen, als auch aktiver Antifaschistinnen und Antifaschisten selbst in der Zeit der Blockkonfrontation. Bis heute, so Mühldorfer, seien die fünfziger Jahre und insbesondere die politischen Verfahren gegen ehemalige Verfolgte, Kommunisten oder auch nur KPD-nahe Linke, trotz vereinzelter Anfragen im Bundestag und historischer Veröffentlichungen in der politischen Diskussion unterbelichtet.

Vergeblicher Kampf gegen die Remilitarisierung

Martin Löwenberg entschuldigte sich beinahe dafür, dass er den inhaltlichen Beginn seines Vortrages dennoch etwas früher ansetzte. Die Geschehnisse im Kalten Krieg müssten gesehen werden vor dem Hintergrund des Jahres 1945. Nach und bereits vor der Befreiung hätten aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten natürlich darüber diskutiert, wie ein freies, demokratisches, antinazistisches Deutschland auszusehen habe. Über die in der Parole „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ andeutungsweise zusammengefassten vier Kernpunkte, habe tatsächlich ein breiter Konsens geherrscht, der sich in allen demokratischen Parteiprogrammen bis hinein in das Grundgesetz und die Länderverfassungen erkennen lässt. Diese Punkte, so eigentlich auch im Potsdamer Abkommen der Alliierten kurzzeitig unmittelbar rechtsverbindlich, waren:

- eine umfassende Denazifizierung, also alle Schuldigen aus öffentlichen Ämtern zu entfernen und, worauf Löwenberg besonders hinwies, zu verhindern, dass diese jemals wieder Macht bekommen würden;
- die Demilitarisierung als Antwort auf die Erkenntnis, dass der Militarismus das Grundübel der deutschen Geschichte ist;
- ausgehend von der Erkenntnis, dass sowohl Großgrundbesitzer, als auch die Größen in Industrie und Wirtschaft die Verbrechen der Nazis unterstützt hatten, eine Enteignung des Großgrundbesitzes und die Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige,
- und nicht zuletzt eine umfassende Demokratisierung, die über das parlamentarische System hinaus auch eine Demokratisierung der Gesellschaft, etwa innerhalb der Betriebe, umfassen sollte.

Man musste dann jedoch erleben, wie schnell diese Grundsätze ausgehebelt wurden. Es begann mit einer Grundgesetzänderung, der Einführung des Artikel 131, die es ermöglichte, frühere Nazis wieder in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, wofür, so Löwenberg, diejenigen „Antinazis, die zuvor mitgeholfen hatten, die Trümmer in den Städten, aber auch die Trümmer in den Herzen und Hirnen wegzuräumen“, ihren Platz räumen mussten. Der nächste Schritt war die Remilitarisierung, bei der es nach Adenauer um eine „Neuordnung Europas (…) bis zum Ural“ ging. Sehr eindringlich beschrieb Löwenberg die Bedeutung, die der Antimilitarismus für die junge Generation damals hatte und welche Bewegung ausgelöst wurde, als die Pläne ehemaliger Wehrmachts-, und SS-Offiziere zur Wiederbelebung einer deutschen Armee zu einem Zeitpunkt bekannt wurden, als „noch Millionen Brüder, Väter, Söhne und Ehemänner vermisst“ waren und schilderte den Ablauf der Volksbefragungsbewegung für Demilitarisierung und einen Friedensvertrag, die in der BRD schnell verboten wurde.

Die Tötung Philipp Müllers

Erschütternd wurde es, als Löwenberg seine persönlichen Erfahrungen im Zusammenhang mit dieser Bewegung darlegte. So wurde u.a. beschlossen einen Jugendkongress zu veranstalten, wobei Löwenberg hier die Bedeutung der Frauen und der Jugendlichen im Kampf gegen die Remilitarisierung besonders hervorhob. Diese Jugendfriedenskonferenz sollte in Essen stattfinden und nach Löwenberg eines der Schlüsselerlebnisse seines Lebens werden. So waren ca. 30.000 junge Menschen „fröhlich und friedlich“ auf dem Weg nach Essen, das sich jedoch in einem Belagerungszustand befand. Tausende Polizisten waren vor Ort, um ein Verbot des Innenministeriums durchzusetzen. Da man wusste, dass noch Tausende auf dem Weg nach Essen waren, beschlossen die Veranstalter eine Demo durchzuführen. Innerhalb kurzer Zeit war die berittene Polizei im Einsatz. Löwenberg wörtlich: „Ich habe später viel erlebt, aber diese Brutalität war einmalig“. So ging die Polizei u.a. mit Stahlruten gegen die Jugendlichen vor, bis schließlich der Befehl „Feuer frei“ ertönte. Ein Arbeiter aus Kassel wurde an der Wirbelsäule, ein Freund Löwenbergs in der Wade getroffen. Schwer verletzt blieb der ebenfalls aus München angereiste Philipp Müller liegen. Ein Arzt stellte später fest, dass dieser bei rechtzeitiger Behandlung überlebt hätte. Stattdessen wurde er auf einen Polizeilastwagen geworfen. Es war Martin Löwenberg, der der Mutter Philipp Müllers die Umstände des Todes ihres ältesten Sohnes beibringen musste. Diese reagierte sogar etwas erleichtert, da die Polizei in ihrem Telegramm von der Teilnahme Müllers „an einem Aufruhr“ gesprochen hatte. Eine Formulierung, die auch von der Presse aufgegriffen wurde, mit der zusätzlichen Behauptung, dass aus der Demonstration heraus geschossen wurde. Neben skandalösen Einzelheiten der Überführung und der anschließenden Ermittlungen wies Löwenberg auf die Tatsache hin, dass der zuständige Einsatzleiter der Polizei ein vormaliger Gestapo-Offizier war.

Verfolgung wegen sozialdemokratischer Betätigung

Im Folgenden ging Löwenberg auf seine politische Entwicklung ein. So war er noch 1945 in die SPD eingetreten und frühzeitig Mitglied der VVN geworden. 1949 erließ die SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss, der jedoch von vielen, auch Martin Löwenberg, nicht eingehalten wurde, was nach einer Aussprache den Sofortausschluss nach sich zog. In dieser Aussprache hatte Löwenberg betont, dass er umgekehrt auch nicht aus der SPD ausgetreten wäre, hätte die VVN entsprechendes verlangt. Es half nicht. Mit Löwenberg wurden Hunderte aus der SPD ausgeschlossen, was zur Gründung der „Sozialdemokratischen Aktion“ führte. Diese kannte bewusst weder eine feste Mitgliedschaft noch Beiträge, da das Ziel eine reformierte SPD war. 1951 erfolgte mit dem „Adenauererlass“ eine erste Welle von Berufsverboten. Weder Mitglieder der VVN noch der SDA konnten in den öffentlichen Dienst. Nicht ohne Stolz bemerkte Löwenberg, dass die SDA an zweiter Stelle noch vor der VVN in der entsprechenden Liste aufgeführt wurde. Wenig später erfolgte das Verbot. 1953 wurden sämtliche Leitungsmitglieder der SDA in Worms festgenommen, so dass Löwenberg deren Aufgaben übernahm. Seit 1956 bestand ein Haftbefehl gegen ihn, der zur Festnahme 1958 und einer Verurteilung zu zehn Monaten Gefängnis führte, von denen Löwenberg acht Monate absitzen musste. Im Folgenden wurde Löwenberg wegen seiner Kenntnisse als eines der Leitungsmitglieder immer wieder als Zeuge in Prozessen gegen Mitglieder der SDA geladen, weigerte sich aber auszusagen, was ihm

mehrmals Beugehaft einbrachte und tauchte eine Zeitlang unter, um den Aussagen gegen Genossen zu entgehen. Eindringlich schilderte Löwenberg die isolierenden Haftbedingungen, die ihm jeden Kontakt zu Mithäftlingen unmöglich machten. Er durfte weder am gemeinsamen Hofgang noch am Gottesdienst teilnehmen. Erneut zehn Monate Haft erhielt er für die spätere Mitgliedschaft im illegalen Bezirksvorstand der KPD. Löwenberg dazu lapidar: „Ich war halt nie unpolitisch“.

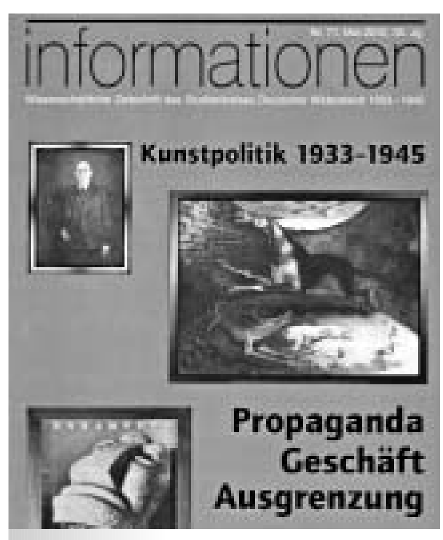
Ernst Grube: Ignoranz der Gesellschaft der Täter

Auch Ernst Grubes Ausführungen setzten vor der Befreiung an. Das Leben seiner Familie war unter den Nazis immer von der Frage geprägt, ob es genüge, den Vater zu beschützen. Das deutliche Nein auf diese Frage war immer verbunden mit dem Vertrauen auf eine Niederlage Deutschlands und damit einhergehend der Hoffnung auf den Sieg der Sowjetunion. Er sei also schon früh mit einer positiven Einschätzung der SU und des Kommunismus herangewachsen ohne sich wirklich etwas unter diesen Begriffen vorstellen zu können. Nach der Befreiung waren zunächst andere Dinge wichtiger als politische Angelegenheiten, so Schule und der Kontakt mit anderen. Allerdings kam Grube über seine Eltern langsam aber früh mit der KPD in Kontakt. Eine erschütternde Kennzeichnung der bundesdeutschen Stimmung in den fünfziger Jahren, gab Grube mit der Erklärung, warum er damals in die VVN gegangen sei. So sei es vor allem die Wärme gewesen, die er gespürt habe, als er von seinen Erlebnissen als jüdischer Junge unter der Nazibarbarei erzählen wollte. Dies sei in der deutschen Gesellschaft selbst einfach nicht möglich gewesen! Dies versuche er auch heute noch in Diskussionen mit den Verfassungsschutzbehörden bei den Bemühungen des Jugendringes um ein antifaschistisches Bündnis zu vermitteln.

Ähnliche Gründe führten Grube auch zur FDJ, die ihm auch eine Möglichkeit zum Lernen bot, nachdem ihm der Schulbesuch durch die Nazis verwehrt war. So sei er auf die Jugendschule „Wilhelm-Pieck“ in Ostberlin gekommen, wo er „ganz schön geschliffen worden sei“. Grube dazu: „Wir waren halt ein bisschen wie die Antifa heute“. U.a. habe er dort die Notwendigkeit von Massenarbeit gelernt, weswegen er in die Gewerkschaft eintrat. Dort habe er, wie er betonte, durchaus mit Ehrgeiz vor allem zwei Ziele verfolgt: Den Aufbau illegaler FDJ-Zellen und den Schutz dieser Arbeit durch die Mitarbeit in den Gewerkschaften. Zu einer ersten Auseinandersetzung mit der Polizei kam es bei einem Münchner Metallarbeiterstreik 1953, der durch Tanz-, und Kulturgruppen aus der DDR, die neben dieser musischen Solidarität auch handfeste Nahrung mitbrachten, unterstützt wurde. Bei einem gemeinsamen Treffen am Abend schritt die Polizei massiv ein und Grube erhielt erstmals sechs Wochen Haft wegen Widerstandes. Ein anwesender Journalist, der mitbekam, wie Grube bei dieser Gelegenheit von Polizisten massiv zusammengeschlagen wurde, erlitt ,als er nach den Namen der Beteiligten fragte, kurzerhand das gleiche Schicksal. Grube betonte, dass man solche Verhältnisse heute nicht mehr habe. Ebenfalls auch im Hinblick auf heutige Auseinandersetzungen interessant ist der Weg zu Grubes zweiter Haftstrafe. Es ging um die Ladenschlusszeiten. So gab es zwar noch kein Gesetz hierzu, jedoch war es üblich, dass die Geschäfte samstags um 12:00 Uhr schlossen. U.a. die Firma Salamander in der damaligen Noch-Nicht-Fußgängerzone versuchte jedoch, die Öffnungszeiten auf 18:00 Uhr zu erweitern, was den massiven Protest der Gewerkschaften herausforderte und zu regelmäßigen Kundgebungen in der Neuhauser Straße und deren ebenfalls regelmäßige Sprengung durch die berittene Polizei führte. Die Szenen, die Grube schilderte, ähnelten durchaus jenen aus Essen, von denen Löwenberg berichtet hatte. Grube betonte, wie wichtig ihm der Rückhalt durch die Gewerkschaften war und zeigte nicht ohne kleines, stolzes Lächeln ein Foto der damaligen 1-Mai-Kundgebung auf dem ein Schild „Freiheit für Ernst Grube“ zu sehen war.

Nichts gelernt?

In den Fragen der Anwesenden wurde vor allem ein erhebliches Unverständnis sichtbar, wie die Bevölkerung den geschilderten Umgang mit denjenigen, die das Grauen durchlebt hatten, erneut dulden konnte. Löwenberg wies darauf hin, dass sich die Verfolgten schon während des Terrors die Frage gestellt hätten, wo denn die Menschen für ein besseres Deutschland sein werden. Ernst Grube stellte fest, dass schlicht kein Unrechtsbewusstsein vorhanden war. Er könne zwar nicht genau erklären, wieso Menschen, denen seitens der Alliierten z. B. in Dachau das Grauen ja gezeigt wurde, keine andere Sichtweise entwickelt hätten. Er habe jedoch erfahren müssen, dass sich die Mehrheit der Deutschen für die Opfer aus den Konzentrationslagern schlicht nicht interessiert hätten. Dafür gäbe es mehrere Gründe. So das Leid durch die Bombennächte, was jedoch auch dazu führte, dass man die Schuld nicht im Nazisystem suchte und auch, dass viele, etwa durch die Arisierung, profitiert hätten. Löwenberg verwies in erschütternden Worten auf Diskussionserlebnisse aus dem Seniorenheim, in dem er lebt und bezeichnete seine Generation als die einzige, die „nichts aus der Geschichte gelernt hätte“. Es müsse halt weiter daran gearbeitet werden, ein humanes Deutschland zu schaffen. Die Vorfreude darauf lasse er sich nicht nehmen. *Johannes Kakoures* ■



Propaganda – Geschäft – Ausgrenzung: Kunstpolitik 1933-1945

Der Kunstraub der Nationalsozialisten ist noch lange nicht gänzlich aufgeklärt, und noch längst haben nicht alle Kunstwerke den Weg zurück zu ihren Eigentümern oder ihren Nachfahren gefunden. Das Ausmaß des Stehlens – und Vernichtens – von Kunstgegenständen aller Art war so groß, dass man auch heute noch nur von Schätzungen sprechen kann. Rund 600.000 Kunstwerke wurden zwischen 1933 und 1945 von Deutschen geraubt: 200.000 innerhalb von Deutschland und Österreich, 100.000 in Westeuropa und 300.000 in Osteuropa.

Die „informationen" beleuchten in dieser Ausgabe einige Aspekte dieses Raubzuges. Christoph Zuschlag schildert, wie die Deutschen in großen Ausstellungen mit der vom Regime unerwünschten und ebenso mit der verfemten Kunst konfrontiert wurden. Die Schau „Entartete Kunst" wurde von Hunderttausenden Besuchern betrachtet. Andreas Hüneke befasst sich mit dem Umgang mit Kunst und Künstlern in der NS-Zeit, exemplarisch hier mit Emil Nolde. Kathrin Iselt schildert am Beispiel des Kunsthistorikers Hermann Voss, der Bilder für Hitlers geplantes Museum in Linz sammelte, wie Kunsthandel und -wissenschaft zu Handlagern des Regimes wurden. Agnieszka Sieradzka schildert das Leben und die Kunst von Miecyslaw Koscielniak, der als Häftling das Leiden seiner Mitgefangenen in Auschwitz malte.

Biografische Notizen von Bauhaus-Künstlern durchziehen das Heft, von denen viele nach Auflösung des Bauhauses Deutschland verlassen mussten.

Die Abbildung einer wenig bekannten Landkarte nimmt die Mittelseiten der „informationen" ein. Sie zeigt das Deutsche Reich mit allen Konzentrationslagern und Zuchthäusern. 1936 war sie erschienen, zusammengetragen und gedruckt von Regimegegnern im Exil, und wurde an ausländische Teilnehmer der Olympischen Sommerspiele in Berlin verteilt. Auf diesem Weg wurde sie auch innerhalb Deutschlands verbreitet. Ein umfangreicher Rezensionsteil zu Büchern und Filmen zum Thema NS-Zeit und Widerstand rundet die „informationen" ab.

Informationen Nr. 71, Mai 2010, zu beziehen über: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V. Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/M., kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de, http://www.studienkreis-widerstand-1933-45.de, Einzelheft 5,50 Euro + Versandkosten, Abonnement (2 Hefte pro Jahr) 11 Euro

Mobilmachung gegen bösen „antinationalen“ Film

Französische Rechte und Algeriensiedler protestieren gegen Spielfilm, den sie nicht gesehen haben

Lionnel Luca ist Abgeordneter der Stadt Nizza in der französischen Nationalversammlung. Dort sitzt er für die konservative Regierungspartei UMP, und er zählt eher zu ihrem rechten Flügel. Lionnel Luca ist auch ein Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit, jedenfalls wenn es die Meinungsfreiheit der Richtigen & Guten ist. So gründete er im April dieses Jahres eine Parlamentariergruppe „für die Verteidigung der Meinungsfreiheit“, die in Frankreich schrecklich bedroht sei. Konkret ging es dabei allerdings vor allem um die Freiheit des ultraprominenten rechtslastigen Journalisten Eric Zemmour (vgl. AN 8/10), mehr oder weniger rassistische Sprüche zu klopfen[1].

In anderen Fällen hingegen hält Lionnel Luca nicht gar so viel von der Freiheit der Meinungsäußerung. Insbesondere, wenn es sich um jene von „antinationalen“ Elementen, vulgo Vaterslandsverrätern dreht. Dann kann er sogar fuchsteufelswild werden. So erging es ihm jüngst, als er hörte, dass ein Film unter dem Titel ‚Hors-la-loi’ (ungefähr: „Gesetzloser“ oder ‚Outlaw’) auf dem jüngst zu Ende gegangenen Festival von Cannes uraufgeführt werden solle. Als Lionnel Luca im April 10 gegen das Werk des Regisseurs Rachid Bouchareb Alarm schlug, hatte zwar noch niemand den Film gesehen. Aber der Historische Dienst des französischen Verteidigungsministeriums hatte eine Fassung des Drehbuchs in Händen gehabt und Kritiken formuliert, die an den Staatssekretär für Veteranenversorgung Hubert Falco – nebenbei Bürgermeister von Toulon an der Côte d’Azur – gerieten. Dieser gab daraufhin eine negative Einschätzung ab. Dies genügte dem „kompetenten Filmkritiker“ Lionnel Luca, um alle Alarmglocken läuten zu lassen. Die Barbaren stehen vor den Toren! Ein antifranzösisches und antinationales Machwerk lauert darauf, Cannes heimzusuchen und unschuldige Festivalbesucher anzufallen!

Der 2 Stunden und 11 Minuten dauernde Film von Rachid Bouchareb wurde am Freitag, den 22. Mai 10 in Cannes erstmals aufgeführt. Aufgrund des massiven Drucks einer rechten Lobby durfte er zwar nicht in der französischen Filmauswahl laufen, doch er lief daraufhin offiziell als Teil der algerischen Auswahl. Ursprünglich war der Film mit Geldern aus Frankreich, Algerien und Tunesien finanziert worden. Er zeigt die Geschichte dreier Brüder, die vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Unabhängigkeit Algeriens infolge eines blutigen Kolonialkriegs (1954 bis 62) nacherzählt wird. Sie führt vom Nordosten Algeriens über das gigantische ‚Bidonville‘ – den damaligen Slum aus Bretterhäusern – in Nanterre, vor den Toren von Paris, wo der algerische antikoloniale Widerstand sich organisierte, bis ins frisch entkolonialisierte Algerien. Dargestellt werden die drei Brüder von großen Schauspielern: Sami Bouajila, Roschy Zem und Jamel Debbouze.[2] Die Brüder und ihre Mutter – nicht aber der Vater – überleben zunächst das Massaker von Sétif, das just am 8. Mai 1945 stattfindet, als Europa das Kriegsende und die „Befreiung der Völker“ fordert; dass die Bevölkerung im kolonisierten Algerien Ähnliches forderte, wurde zum Anlass für eine brutale Repression des Kolonialstaats. Zuerst fielen Schüsse auf Demonstranten – wegen Vorzeigens der algerischen Unabhängigkeitsfahne als „subversivem Symbol“ –, dies löste eine wütende Revolte aus (der 103 europäische Kolonialsiedler zum Opfer fielen), und Letztere wiederum wurde zum Anlass für eine breit angelegte militärische Repression. Letztere kostete 10.000 bis 40.000 Todesopfer. Der Film von Bouchareb zeigt diese historischen Szenen nur sehr andeutungsweise, auf sechs Minuten Länge. Dies genügte, um Leute wie Luca aufschreien zu lassen: Antifranzösische Hetze! Geschichtsrevisionismus (weil der 8. Mai 1945 nicht allein als Tag des Sieges über den Nazismus anerkannt bleibe)! – Inzwischen, nachdem Luca den Film am 22. Mai erstmals gesehen hat, fügte er dem einen zweiten Kritikpunkt hinzu: Der Film sei „revisionistisch“, weil er die Befreiung Europas von 1945 mit jener Algeriens 1962 vergleiche. Tatsächlich zeigt der Film am Anfang und am Ende jeweils Szenen von jubelnden Menschen, Eltern unter Fahnen mit Kindern auf ihren Schultern – im Mai 1945 in Paris und im Juli 1962 in Algerien. Dies entspricht schlicht dem Erlebnis der Menschen in der jeweiligen Bevölkerung. Doch behauptet der Film an keiner Stelle, die Nazibarbarei und die Brutalität des französischen Kolonialstaats stünden insgesamt auf derselben Stufe.

Am Freitag, den 21. Mai 10 fand in Cannes gegen den Film eine Demonstration von Konservativen gemeinsam mit Aktivisten des rechtsextremen Front National statt. (Ähnlich, wie es damals bei der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in München zuging.) Zu der Demonstration, zu der u.a. der dem Front National angegliederte Veteranenverband ‚Cercle national des combattants‘/CNC aufrief und die am drittletzten Tag des Festivals organisiert worden war, kamen lt. polizeilichen Angaben 1.200 bis 1.400 Teilnehmer. Die Regionalzeitung ‚Le Petit Niçois‘ spricht jedoch ihrerseits von „über 2.000“.) Unter ihnen waren vielen frühere französische Algeriensiedler, ‚Pieds Noirs‘, die in hoher Dichte in der Mittelmeerregion wohnen und aus Marseille, Aix-en-Provence oder Nizza angereist waren. Niemand oder fast niemand von ihnen



hatte den Fim gesehen, oder auch nur eine ungefähre Ahnung von seinem Inhalt. Gegenüber den Fernsehkameras bekundeten manche Demonstraten ihre Ansichten dazu ziemlich offen: „Ich will nicht, dass ein Araber (überhaupt) einen Film darüber macht!“ Oder: „Raus aus Frankreich!“

Drei UMP-Abgeordnete demonstrierten mit: Lionnel Luca (Parlamentarier für Nizza), Michèle Tabarot (Le Cannet, an der Côte d’Azur) und Richard Mallié (Raum Marseille). Mehrere weitere konservative Parlamentarier, darunter auch der UMP-Bürgermeister von Cannes: Bernard Brochand, kamen zuvor zur Kundgebung am „Totendenkmal“ auf dem Friedhof von Cannes. Zu ihr hatte die Stadtregierung in Cannes offiziell aufgerufen. Etwa fünf Parlamentarier enthielten sich jedoch, aufgrund der rechtsextremen Präsenz, einer Teilnahme an der Demo. Zu ihnen zählten Elie Aboud (Region Montpellier), der die parlamentarische Studiengruppe für die früheren Algerienfranzosen – ‚Pieds Noirs‘ – leitet, oder der frühere Bürgermeister von Nizza, Jacques Peyrat (von 1972 bis 1994 Angehöriger des FN, seit 1996 Mitglied der konservativen Partei RPR und ihrer Nachfolgepartei UMP)[3].

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/04/30/2055304_la-liberte-d-expression-est-elle-en-danger.html

2 Zem und Debbouze hatten bereits in Rachid Boucharebs letztem, höchst prominenten Film – ‚Indigènes‘ (Eingeborene) – gespielt, der 2006 in Cannes preisgekrönt wurde. (‚Indigènes‘ handelt von französischen Kolonialsoldaten, die im Zweiten Weltkrieg kämpften. Die Diskussion um den Film war 2006/07 der Anlass dafür, das Augenmerk auf einen manifesten Diskriminierungsskandal zu lenken: Für die gleiche Rolle in der Armee von 1940-44 erhielten französische Veteranen eine „normale“ Pension – hingegen waren die Pensionen der früheren Kolonialsoldaten seit 1960, also der Unabhängigkeit der meisten ehemaligen Kolonien, „eingefroren“ und liegen oft bei unter 100 Euro. Der Film endet mit den Bildern eines arabischen Veteranen, der in einerr französischen Stadt in bitterer Armut lebt. Noch-Präsident Jacques Chirac versprach deswegen Ende 2006, diese Situation unverzüglich abzustellen. Bis heute ist jedoch nichts passiert. Just am vergangenen Freitag, 28. Mai verurteilte nun das französische Verfassungsgericht diese diskriminierende Praxis und ordnete ein Ende des „Einfrierens“ der Pension früherer Kolonialsoldaten auf dem Geldwert von 1958 an. Endlich...)

3 Vgl. dazu folgende Meldung von AFP: http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5ikdHgIab0uQgghei0eVvnjbFXzyw

Bleiberecht statt noch mehr Tote!

HAMBURG. Die diesjährige Innenministerkonferenz findet in Hamburg statt, in einem Bundesland, in dem sich in den letzten beiden Monaten zwei Menschen in Abschiebehaft das Leben genommen haben:

● Am 7. März tötete sich David M., ein junger Flüchtling aus Georgien, der als Minderjähriger Asyl beantragen wollte und nach dem Dublin II-Abkommen nach Polen abgeschoben werden sollte.

● Am 16. April erhängte sich Yeni P., die von mehreren Männern ausgebeutet und betrogen worden war, aus Angst vor ihrer bevorstehenden Abschiebung nach Indonesien.

Der Tod dieser beiden Menschen (wie auch der vieler anderer Flüchtlinge in Deutschland und Europa) wirft ein bezeichnendes Licht auf die Flüchtlingspolitik in dieser Stadt und in diesem Land. Aber nach ein paar Medienberichten und zwei Debatten im Innen- und Justizausschuss sind die politisch Verantwortlichen wieder zur Tagesordnung übergegangen. Über Konsequenzen aus den beiden Suiziden soll in Hamburg nur hinter verschlossenen Türen in einem koalitionsinternen Runden Tisch geredet werden.

Wir vom Flüchtlingsrat Hamburg und vielen anderen Organisationen halten eine öffentliche Diskussion über die tödlichen Folgen der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik für nötig. Wir fragen: Wie viele Menschen müssen noch sterben, um eine Umkehr einzuleiten?

Nicht erst seit dem Tod von David M. und Yeni P. fordern wir vom Hamburger Senat und ebenso von den Innenministern der anderen Bundesländer:

● Eine sofortige, generelle Abschaffung von Abschiebehaft!

● Abschiebestopps, zumindest in Kriegs- und Krisengebiete und ein sicheres Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

● Schluss mit den Rücküberstellungen nach der Dublin II-Verordnung, bis zur generellen Abschaffung dieser Regelung zumindest für Minderjährige und andere besonders schutzbedürftige Gruppen und in Länder wie Griechenland, wo Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden!

● Inobhutnahme aller hier ankommenden minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge durch das Jugendamt statt Inhaftierung oder Überstellung an die Ausländerbehörde, wo in Hamburg im letzten Jahr 56 % der neuangekommenen Jugendlichen durch willkürliche „Altersfiktivsetzungen" zu Erwachsenen erklärt und wegverteilt wurden.

Auf der Tagesordnung der IMK stehen diese Forderungen nicht. Aber auf der Homepage des Flüchtlingsrates findet sich mehr dazu und am 28.5. um 11.00 Uhr werden wir vor der Hamburger Ausländerbehörde demonstrieren und auch in der nächsten Zeit gemeinsam mit Flüchtlingen und MigrantInnen Proteste und Aktionen für eine andere Flüchtlingspolitik organisieren.

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.
www.fluechtlingsrat-hamburg.de
PM zur Innenministerkonferenz am 27./28.5.10 ■

Residenzpflicht ist inhuman und überflüssig

BERLIN. „Die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge ist inhuman und überflüssig", erklärt Ulla Jelpke zum Beginn der Innenministerkonferenz der Länder, bei der die Residenzpflicht eines der zentralen Themen ist. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE stellt sich damit hinter Forderungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, das sich ebenfalls gegen eine generelle Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen gewendet hat. Jelpke weiter:

„Die Residenzpflicht gehört zu jenem Katalog von Grausamkeiten aus den 80er Jahren, der Asylsuchende von einer Flucht nach Deutschland abschrecken sollte. Sie ist in dieser Form einmalig in der Europäischen Union. Vor allem in ländlichen Regionen werden Asylsuchende damit in die Isolation getrieben. Wer sich den Restriktionen widersetzt und außerhalb der eigenen Residenzzone angetroffen wird, muss mit Geld- und Haftstrafen rechnen. Mit anderen Worten: Wer vom Menschenrecht auf Freizügigkeit Gebrauch macht, wird bestraft.

Der Koalitionsvertrag von Union und FDP hat Erleichterungen bei der Residenzpflicht in Aussicht gestellt, um die Arbeitsaufnahme der Betroffenen zu erleichtern. Doch bisher hat die Koalition dazu nichts vorgelegt. Ohnehin ist die Kopplung von Freizügigkeit an den volkswirtschaftlichen Nutzen der betroffenen Menschen zynisch. Bund und Länder sind gefordert, konkrete Schritte zur bedingungslosen Abschaffung der Residenzpflicht einzuleiten." *Berlin, den 27. Mai 2010*

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■



Landesregierung setzt Zeichen gegen Integration

NIEDERSACHSEN. Die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, am 7.5.2010 im Bundesrat gegen die Initiative der Bundesländer Berlin, Bremen und Brandenburg zur Abschaffung des Optionszwangs bei „Doppelstaatlern" zu stimmen, wird von der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag scharf verurteilt. „Das Abstimmungsverhalten ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Berufung von Frau Özkan zur Sozial- und Integrationsministerin lediglich ein Marketing-Coup des Ministerpräsidenten war", sagte Klaus-Peter Bachmann, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Freitag in Hannover.

Obwohl viele Fachleute es als Integrationshemmnis betrachteten, wenn in Deutschland aufgewachsene Jugendliche mit Migrationshintergrund sich mit dem 18. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssten, sei die Landesregierung für die Beibehaltung dieser Regelung. Vertreten wurde das Land Niedersachsen im Bundesrat in dieser Frage bezeichnenderweise durch Innenminister Schünemann. „Von Frau Ministerin Özkan hat man in diesem Zusammenhang nichts gehört. Die Linien in der Integrationspolitik werden offensichtlich weiterhin von Herrn Schünemann bestimmt, Frau Özkan dient als Aushängeschild. Für mich wird hier zum ersten Mal deutlich, dass sie in der Integrationspolitik der Landesregierung entweder keine eigene Meinung hat, oder – wenn doch – sie nicht äußern darf, oder sogar den Ansichten Schünemanns folgt. Das Ergebnis ist jeweils dasselbe: Die bisherige Politik der Landesregierung wird nahtlos fort-gesetzt", analysierte Bachmann.

Auf wirkliche Veränderungen in der Integrationspolitik warte er bislang jedenfalls vergeblich. Vielleicht werde die Integrationsministerin wenigstens im nächsten Plenum das Wort ergreifen, wenn seine Fraktion den Optionszwang auch zum Thema im Plenum machen werde, so der SPD-Politiker.

Pressemitteilung 7.5.10, SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ■

Skandalöser Abschiebeversuch eines Jugendlichen nach Syrien!

WILHELMSHAVEN. Ein syrischer Jugendlicher aus Wilhelmshaven sollte am 10. Mai von Frankfurt aus mit einem Linienflug der CSA Czech Airline von Frankfurt aus über Wien nach Damaskus abgeschoben werden. Aktivisten des bayerischen Flüchtlingsrates und der Karawane München gelang es kurz vor dem Abflug, die Abschiebung des jungen Mannes zu stoppen: Durch Anrufe und Faxe an die Czech Airline konnte die Fluggesellschaft dazu gebracht werden, den Abschiebeflug zu stornieren. Da kein Haftrichter verfügbar war, konnte die Abschiebehaft nicht verlängert werden, der Jugendliche musste freigelassen werden und konnte nach Hause fahren. Er wird nun mit Unterstützung durch den niedersächsischen Flüchtlingsrat und Pro Asyl um sein Bleiberecht in Deutschland kämpfen. Im Moment ist er weiterhin davon bedroht, dass die niedersächsischen Abschiebebehörden erneut versuchen, ihn nach Syrien zu transportieren.

Die knapp verhinderte Abschiebung des jungen Syrers aus Wilhelmshaven reiht sich ein in die Liste skandalöser Abschiebungen in den syrischen Folterstaat, die auf das Konto des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann und seiner Schreibtischtäter gehen. Schünemann und seine Untergebenen stellen erneut unter Beweis, dass Schünemann den Titel des Abschiebeminister des Jahres, der ihm 2009 verliehen wurde, redlich verdient hat. So wie der Jugendliche aus Wilhelmshaven, der der verfolgten und unterdrückten yezidischen Minderheit angehört, werden immer wieder Menschen nach Syrien abgeschoben, obwohl ihnen Gefängnis, Folter oder ein Leben als entrechtete Staatenlose drohen. Grundlage dafür ist das unmenschliche Abschiebe-Rückübernahme-Abkommen, das Deutschland 2009 mit Syrien geschlossen hat. Es gilt jetzt, weiter darum zu kämpfen, dass dieses Abkommen zwischen Deutschland und Syrien endlich aufgekündigt wird!

Quelle: https://lists.antira.info/listinfo/syrien - flucht@nds-fluerat.org 11.05.2010 ■

Abschiebung eines palästinensischen Flüchtlings

THÜRINGEN. Am 18.5.2010 ist der palästinensische Flüchtling Adnan Al-Masharga aus dem thüringischen Waltershausen, Landkreis Gotha, von Polizeibeamten abgeholt und nach Jordanien abgeschoben worden. Seit seiner Ankunft in Amman/ Jordanien befindet er sich im jordanischen Polizeigewahrsam. Völlig ungeklärt ist, wie er überhaupt von Amman in die Palästinensischen Gebiete (Westbank) einreisen soll. Der Reiseweg ist ungeklärt und die Lebenssituation gefährlich. Bundesweit sind aus diesem Grund keinerlei Abschiebungen von palästinensischen Flüchtlingen bekannt.

Dessen ungeachtet hat das Verwaltungsgericht Meiningen einen gestern noch eingelegten Eilantrag zum Abschiebeschutz abgelehnt. Das Gericht hat festgestellt: „Auf Straßen in der Westbank ist es vereinzelt zu Schüssen auf vorbeifahrende Fahrzeuge gekommen. Generell gilt daher, dass Reisen in und eine Ausreise aus palästinensischen Gebieten (Westbank und Gaza-Streifen) auch mit Unterstützung der Deutschen Botschaft Tel Aviv und des Vertretungsbüros in Ramallah nicht sichergestellt werden können“. Offensichtlich hat es – auch in Kenntnis dessen – weder die Ausländerbehörde Gotha, das Thüringer Landesverwaltungsamt noch das VG Meiningen interessiert, wie Herr Al-Masharga überhaupt in die Westbank einreisen können soll.

„Es ist ein Skandal, dass Adnan Al-Masharga abgeschoben wurde. Wir fordern die sofortige Rücküberstellung nach Deutschland!“ so Christine Rehklau vom Flüchtlingsrat Thüringen.

Herr Al-Masharga lebt seit 1999 in Deutschland. Ein Bleiberecht ist ihm verweigert worden, weil die deutschen Behörden seine Angaben zur Identität und seine Personaldokumente nicht für glaubhaft befanden. Besonders perfide ist, dass er offensichtlich genau mit diesen Dokumenten jetzt abgeschoben wurde, die bislang der Grund dafür waren, ihm eine aufenthaltsrechtliche Perspektive in Deutschland zu verweigern.

PRESSEMITTEILUNG des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. www.fluechtlingsrat-thr.de ■

Möhlau: Botschaftsvorführungen + Abschiebung

MÖHLAU. Der Landkreis Wittenberg hat eine „AG Möhlau“ gegründet, die aus Vertretern der Parteien und der Verwaltung besteht. Diese soll ein Konzept erarbeiten, wie die Unterbringung der Flüchtlinge gestaltet werden soll. Am 28.4.2010 traf sich die „AG Möhlau“ im Lager Möhlau und hörte VertreterInnen der Flüchtlinge an. Gleichzeitig überzieht die Ausländerbehörde des Landkreises die Flüchtlinge mit einer Welle von Botschaftsvorführungen und Abschiebeandrohungen.

Es begann mit einer Aufforderung an sieben Flüchtlinge, sich am 13. April bei der chinesischen Botschaft in Berlin vorzustellen. Die Flüchtlinge weigerten sich, „freiwillig“ an der Botschaftsvorführung teilzunehmen. Als sie am 27.4.2010 ihren Scheck (monatliche Sozialhilfe – 180 Euro) abholen wollten, wurden sie zwangsweise dem chinesischen Botschafter vorgeführt.

Ebenfalls am 27.4.2010 teilte die Ausländerbehörde Gräfenhainichen (Ausländerbehörde des Landkreises Wittenberg) zwei Familien und einem „Alleinreisenden“ aus dem Kosovo, die seit über 10 Jahren in der BRD leben, mit, dass sie Ende Juni höchstwahrscheinlich abgeschoben werden. Ihre Duldung wurde nur noch für 2 Monate verlängert. Außerdem wurden 2 Familien und ein Alleinreisender aus Syrien aufgefordert, zu einer Botschaftsanhörung in Berlin am 12.5.2010 zu kommen.

Die Abschiebungen in das Kosovo und nach Syrien sind Folge der Unterzeichnung von Rücknahmeabkommen, der jeweiligen Länder mit Deutschland. Diese Abkommen ignorieren konsequent die aktuelle Lage der betroffenen Menschen in ihren Herkunftsländern.

So wurde immer wieder vehement von verschiedensten Organisationen darauf hingewiesen, dass die Sicherheit von Minderheiten wie den Roma, Ashkali, Kosovo-Ägyptern und Serben im Kosovo nicht gewährleistet ist und es auch keine Möglichkeiten für die Abgeschobenen gibt, sich dort eine Existenz aufzubauen oder auch nur ihre Kinder zur Schule zu schicken. Auch der Appell des Zentralrats der Sinti und Roma an die Bundesregierung wurde mit diesem Rücknahmeabkommen ignoriert und damit letztlich auch die geschichtliche Verantwortung für die Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma während des Nationalsozialismus.

Diese von der Politik bewusst geschaffene Faktenlage, nutzt nun die Ausländerbehörde Wittenberg, um einen Teil der Flüchtlinge los zu werden. Sie schreckt nicht davor zurück, einem 18-Jährigen, hier in Deutschland geborenen Jugendlichen, der überhaupt kein albanisch spricht, die Abschiebung in das Kosovo anzudrohen. Ebenfalls will die Ausländerbehörde Kurden und Yeziden nach Syrien abschieben. Sämtliche aus der BRD abgeschobene Yeziden verschwanden in syrischen Foltergefängnissen, der Besitz eines kurdischen Buches reicht in Syrien für eine Verhaftung.

Quelle: no lager halle 12.5.2010 - http://de.indymedia.org ■

Flüchtlingsfonds: Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten

BRÜSSEL. Die EU-Staaten steuern weltweit zur so genannten „Neuansiedlung“ von Flüchtlingen viel weniger bei als etwa die Vereinigten Staaten, Australien oder Kanada. Geht es nach einem vom Parlament geänderten Gesetzesentwurf, sollen Mitgliedstaaten nun bis zu 6000 Euro pro Person für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten erhalten. Außerdem billigen die Europaabgeordneten die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen.

Die EU hat 2008 nur 6,7 % der weltweiten Neuansiedlung von Flüchtlingen über-

nommen (4378 Personen). Momentan beteiligen sich nur zehn EU-Mitgliedstaaten beständig an einem Neuansiedlungsprogramm. Andere Länder stellen vor allem in Notfällen Plätze zur Verfügung, wie etwa Deutschland, das vor kurzem zusagte, 2500 von Syrien und Jordanien kommende irakische Flüchtlinge aufzunehmen. Um die Mitgliedstaaten zu ermutigen, sich an der Neuansiedlung zu beteiligen, schlagen die Abgeordneten eine Unterstützung von 6000 Euro pro neu angesiedelter Person im ersten Jahr, 5000 Euro im zweiten Jahr und 4000 Euro für die darauffolgenden Jahre vor. Der zusätzliche Betrag der ersten beiden Jahre soll in die Entwicklung eines nachhaltigen Neuansiedlungsprogramms investiert werden.

Für das Neuansiedlungsprogramm sollen einige Prioritätskategorien gelten, über die sich Parlament und Rat jedoch uneins sind. Die EU-Abgeordneten wollen Kinder und Frauen, denen Gewalt oder Ausbeutung droht, unbegleitete Minderjährige, Personen, die umfangreiche medizinische Betreuung benötigen und Überlebende von Gewalt und Folter vordringlich behandeln. Der Rat hingegen möchte die Prioritäten in Bezug auf die geografische Herkunft und der Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge setzen.

Das Parlament hat den entsprechenden Bericht von Rui Tavares (VEL/NGL, Portugal) zum „Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013“ am Dienstag mit 512 Ja-Stimmen bei 81 Ablehnungen und 7 Enthaltungen angenommen. Das Parlament hat darüber hinaus den Bericht der britischen Abgeordneten Jean Lambert (Grüne/EFA, Vereinigtes Königreich) über die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen in zweiter Lesung angenommen. Das Büro, das in La Valletta auf Malta errichtet werden soll, wird fachkundige Unterstützung für Mitgliedstaaten bereitstellen und darauf achten, dass nationale Behörden verstärkt zusammenarbeiten. Überdies wird es besonders stark betroffene Mitgliedstaaten administrativ unterstützen. Das Parlament und der Rat haben sich in zweiter Lesung darauf geeinigt, das Büro zu beauftragen, den Informationsaustausch über Neuansiedlungsaktionen der Mitgliedstaaten zu koordinieren.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS) ■

Hinrichtungen im Iran dauern an

Am 9. Mai 2010 wurden im Iran fünf Kurden (Ferzad Kemanger, Ferhad Wekili, Ali Heyderiyan, Mahdi Islamian und Schirin Elmholi) hingerichtet. Daraufhin kam es in den mehrheitlich von Kurden besiedelten Gebieten zu Protesten. Die Proteste weiteten sich am 15. Mai 2010 zu einem Generalstreik aus. Insbesondere in den Städten Mahabad, Seqiz, Kamyaran, Qurwe, Bane, Meriwan, Sino, Diwandere, Bokan, Nexede, Bicar, Mako und Sine blieben alle Geschäfte geschlossen. Die kurdischen Studierenden boykottierten den Unterricht.



Der Iran ist einer der 60 Staaten, die gesetzlich an der Todesstrafe festhalten. Häufig werden der Anwalt und die Familie noch nicht einmal über die Hinrichtung informiert. Ein ähnliches Schicksal könnte dem politischen Gefangenen Mahmoud Ghorbanpour widerfahren sein. Der Kurde ist seit Oktober 2009 in Haft, ohne dass Anklage gegen ihn erhoben wurde. Die iranischen Behörden verweigern Informationen über seinen Verbleib oder seinen Gesundheitszustand. Seiner Familie bleibt nur die Hoffnung. Sein einziges Vergehen ist seine öffentliche Kritik an der iranischen Kurdenpolitik. Damit ist seine Inhaftierung ein Anzeichen dafür, unter welch strikten Bedingungen manche Minderheiten im Iran leben müssen.

Der Iran verhaftet willkürlich Menschen, denen das Etikett „Feinde der Islamischen Republik“ verliehen wird. Rechtsstaatlichkeit ist ein Fremdwort. Minderheitenschutz ist nicht existent. Als „Feinde“ betrachtet die iranische Regierung unter anderem politische Vertreter der religiösen und ethnischen Minderheiten. Vor ihrer Hinrichtung, die oft öffentlich ist, werden die Gefangenen teils gequält, gefoltert und vergewaltigt. Häufig wird der Anwalt, ebenso wie die Familie, noch nicht einmal über die Hinrichtung informiert. Obwohl der Iran den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen unterzeichnet hat, werden sogar Minderjährige immer noch hingerichtet.

Im Iran muss mit der Todesstrafe unter anderem bei Mord, Ehebruch (Opfer von Vergewaltigungen sind auch Ehebrecher), Drogenhandel, wiederholtem Alkoholkonsum, Homosexualität und Abkehr vom Islam gerechnet werden. Oft werden auch Oppositionelle und politisch aktive Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten zum Tode verurteilt. Wenn den Verurteilten ein Anwalt zur Verfügung gestellt wird, passiert es in den seltensten Fällen, dass er den Gerichtsverhandlungen beiwohnen oder mit seinem Mandanten sprechen darf. Häufig wird der Anwalt, ebenso wie die Familie, noch nicht einmal über die Hinrichtung informiert und sie erfahren erst später über die Medien von der Exekution.

Nach China finden die meisten Hinrichtungen im Iran statt. Laut Amnesty International wurden im vergangenen Jahr mehr als 388 Hinrichtungen vollzogen. Experten vermuten jedoch eine deutlich höhere Dunkelziffer.

Quelle: nahost@gfbv.de 17.5.10 ■

Rheinland-Pfalz will Residenzpflicht lockern

Rheinland-Pfalz möchte nach Medienmeldungen die Regeln zur Residenzpflicht lockern. Nach einem Vorschlag des rheinland-pfälzischen Innenministers Karl Peter Bruch sollen sich Asylsuchende künftig auch über die Grenzen eines Bundeslandes hinaus bewegen können. In Rheinland-Pfalz selbst habe sich die Praxis, das Land in drei größere Residenzpflichtbezirke aufzuteilen, bewährt. Auch der brandenburgische Ministerpräsident Rainer Speer (SPD) will bei der kommenden Innenministerkonferenz für eine Lockerung der Residenzpflicht eintreten. Die Position der Hardliner vertrat sofort der badenwürttembergische Innenminister Heribert Rech (CDU). *http://www.proasyl.de* ■

Schünemann entscheidet, wen Özkan integrieren darf

Hannover. Niedersachsens neue Integrationsministerin Aygül Özkan ist – wie von der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag befürchtet – auf das Wohlwollen des Innenministers angewiesen. „Herr Schünemann entscheidet, wen Frau Özkan integrieren darf. Das ist die Botschaft der heutigen Sitzung des Innenausschusses des Landtages“, sagte Klaus-Peter Bachmann, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in Hannover. Hintergrund: Auf der Ausschusssitzung gab auf Antrag der SPD die Landesregierung Auskunft über die neue Ressortabgrenzung im Bereich Integration. „Wir haben mit großem Befremden zur Kenntnis genommen, dass Schünemann weiterhin für alle Integrationsvoraussetzungen zuständig sein wird: Einbürgerung, Aufenthaltsrecht, Härtefallfragen. Das heißt, Frau Özkan darf sich nur um diejenigen Menschen ausländischer Herkunft kümmern, die einen gesicherten Status haben“, sagte Bachmann. Zudem bleibt die Integration der Spätaussiedler nach wie vor im Innenministerium. Bachmann: „Integrationspolitik aus einer Hand ist damit nicht mehr möglich.“

PM SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vom 12.05.10 ■

Wir berichteten in mehreren unserer letzten Ausgaben bereits ausführlich über die „Burqa-Debatte" in Frankreich (und Belgien sowie anderen EU-Ländern). Hier nun der vorläufig letzte Stand zum Thema.

Frankreichs „Burqa-Debatte"

Vorläufig letzter Stand – Kabinett nimmt Gesetzentwurf an. Überhitzte Emotionen in Teilen der Gesellschaft

Am Mittwoch, den 19.5.10 wurde der Gesetzesentwurf dazu nun vom französischen Kabinett angenommen. Nun wird die Vorlage zwecks parlamentarischer Verabschiedung in die Nationalversammlung eingebracht werden. Dort soll der Text dann im Juli 10 – bei einer Sondersitzung, während normalerweise die Abgeordneten schon im Urlaub wären – beschlossen werden, um Anfang September 10 auch im Senat oder französischen „Oberhaus" angenommen zu werden. Spätestens im November dieses Jahres, soll das Gesetz dann in Kraft treten. Es wird voraussichtlich sieben Artikel umfassen. Unter die einzelnen Bestimmungen fällt:

- die Strafandrohung in Höhe von 150 Euro an Trägerinnen einer Ganzkörper- oder Gesichtsverschleierung („Niemand kann im öffentlichen Raum einen Aufzug tragen, der dazu bestimmt ist, das Gesicht zu maskieren, außer wenn sie zur Wahrung der Anonymität des Betreffenden erlaubt ist; bei Vorliegen medizinischer Rechtfertigungsgründe; oder im Rahmen von antiken oder traditionellen Festen oder Vorführungen", d.h. sofern es sich um Karnevalsmasken handelt);
- die – härtere – Strafandrohung an männliche Familienmitglieder, die lt. einer Hypothese des Gesetzgebers die Frauen zum Anlegen einer solchen Gesichts- oder Ganzkörperverschleierung zwingen würden; die Betreffenden riskieren in diesem Falle bis zu 15.000 Euro Geldstrafe und/oder einem Jahr Haft;
- die Verpflichtung zum Absolvieren eines „staatsbürgerlichen Umerziehungslehrgangs" – französisch ‚stage de rééducation' oder auch ‚stage de citoyenneté' – die statt der üblicherweise vorgesehenen Geldstrafe gegen Zuwiderhandelnde verhängt werden kann. (1)

Fragwürdige Sprüche eines „Abendländers" unter den KP-Abgeordneten

Wie wir in der vorigen Ausgabe berichteten, stimmte die gemeinsame Parlamentsfraktion von französischer KP und Grünen gegen die „feierliche Resolution" der Nationalversammlung gegen die Burqa (vom 11.5.10). Einzige Ausnahme dabei war der „Dissident" aus den Reihen der KP-Abgeordneten, André Gerin. Derselbe Abgeordnete, der auch als Bürgermeister der von Sozialghettos geprägten Lyoner Vorstadt Vénissieux amtiert, machte in jüngster Vergangenheit durch merkwürdige Sprüche, in denen er als militanter Abendlandsverteidiger auftritt, auf sich aufmerksam, vgl. auch AN 10/10. Aufmerksam sei darauf gemacht, dass der Abgeordnete vor wenigen Monaten auch tendenziell rassistische Äußerungen vom Stapel ließ, als er Jacques Chiracs nunmehr 19 Jahre alten berühmten Ausspruch über „den Lärm und den Geruch" (‚le bruit et l'odeur') von Einwanderern in Sozialwohnungen nachträglich verteidigte. Diese Auslassungen tätigte Chirac im Juni 1991 aus wahltaktischen Motiven, in einem Kontext, der von einem besonders starken Aufschwung der extremen Rechten in den Umfragen geprägt war. „Selbstkritisch" merkte Gerin nun aber vor einigen Monaten im Rückblick an, damals habe „(er) selbst wohl Chirac deswegen in die Nähe des Front National gerückt". Heute wisse er jedoch, dass der konservative Politiker „Recht hatte". (3)

Streitszenen

Die französ. extreme Rechte zum Thema

Am 18.5.10, dem Vortag der Debatte über den Anti-Burqa-Gesetzentwurf im französischen Kabinett, meldete Marine Le Pen sich erneut zu Wort. Statt eines Verbotsgesetzes, so ihre an dem Tag vorgetragene Position, sei „die Abschiebung" von Burqa tragenden Frauen und/oder diese dazu zwingenden/anhaltenden Männern „die Lösung". (2)

Auf welche Weise die aktuelle(n) Debatte(n) das – teilweise üble – gesellschaftliche Klima derzeit in Teilbereichen prägen, belegen zwei oder drei kleinere Ereignisse. An und für sich anekdotenhaft, stellen sie dennoch einen Gradmesser für die Aufheizung des Klimas in bestimmten Segmenten der Gesellschaft dar.

Aus dem westfranzösischen Saint-Nazaire wurde am 18. Mai bekannt, dass am Wochenende zuvor eine Prügelei zwischen zwei Kundinnen in einem Geschäft stattgefunden habe. Eine etwa sechzigjährige Anwältin hatte demnach eine 26-Jährige Frau, die eine Gesichtshüllung trug, zunächst verbal attackiert. Dabei soll sie diese aufgefordert haben: „Kehr in Dein (Herkunfts-)Land zurück!", was die Anwältin jedoch laut dem Verhörprotokoll der Gendarmerie abstreitet. Die 26jährige erstattete Anzeige wegen Volksverhetzung, die 60/Jährige, weil sie in dem entstandenen Handgemenge Prügel bezogen haben will. Es stellte sich heraus, dass die jüngere der beiden Damen – die laut Augenzeugenberichten zur „Rückkehr in ihr Land" aufgefordert worden sein soll – eine Abstammungsfranzösin und Islamkonvertitin ist. (Wieder einmal...) (5)

An einer Bushaltestelle in Avignon kam es ebenfalls zu einer (in diesem Falle nicht körperlich werdenden) Auseinandersetzung. Den Streit löste eine Passantin & Aktivbürgerin aus, die einer 19/jährigen Trägerin einer Ganzkörperverhüllung zurief: „Das ist verboten!" Daraufhin fing der Ehemann der jungen Frau an, sich aufzuregen. Den verbalen Disput trugen die Betreffenden bald nicht mehr allein aus, sondern es sammelte sich schnell ein Häuflein von Schaulustigen um sie herum. Die Ankunft des von allen erwarteten Autobusses konnte die Streiterei nicht beruhigen, die schlussendlich auf dem Polizeikommissariat endete. (6)

In der Pariser Vorstadt Montreuil wiederum endete eine öffentliche Debatteveranstaltung über die Frage des Burqaverbots, an der rund 100 Personen teilnahmen, quasi in einer Saalschlacht. Veranstaltet hatte die Debatte, bei der u.a. der Abgeordnete Manuel Valls – der in der sozialdemokratischen Partei im Allgemeinen rechtsaußen steht, und in der Burqaverbotsfrage den Vorstellungen des regierenden Bürgerblocks nahe kommt – auf dem Podium saß, die Frauenvereinigung ‚Ni Putes ni soumises' (NPNS, „Weder Nutten noch unterwürfig"). Letztere vertritt einen Pseudofeminismus, der jedoch im Wesentlichen auf dem Abfeiern der „Werte der Republik" gegen renitente – sicherlich z.T. reaktionäre – Minderheiten beruht; ihre Gründungspräsidentin Fadela Amara ist unter Nicolas Sarkozy Regierungsmitglied geworden. Ihre Veranstaltung „aufzumischen" versucht hatte das reaktionäre, islamisten-nahe und kommunitaristische Politgrüppchen ‚Kollektiv Scheikh Yassin". Eine Aktivistengruppe, benannt nach dem (2004 ermordeten) Hamas-Gründer, die in jüngster Zeit durch einige spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam machte und tatsächlich ziemlich übel ist. (7) NPNS-Chefin Sihem Habchi hat angekündigt, dass sie Strafanzeige erstatten möchte (8).

Unterdessen hat ein Teil der französischen Polizei sich „besorgt" über die Auswirkungen des künftigen Anti-Burqa-Gesetzes geäußert. Viele Beamte sind tatsächlich der Auffassung, dass sie Besseres zu tun hätten, als Zuwiderhandelnde gegen dieses neue Verbotsgesetz zu verfolgen, und dass dadurch nur unnötig zusätzliche Spannungen in „sozialen Brennpunktvierteln" provoziert werden könnten. (9)

Aus Pakistan wird inzwischen die unvermeidliche Kampagne islamistischer Parteien oder Gruppen, mitsamt Terrorismusdrohung – vorläufig gegen Belgien als erstes Land mit gesetzlichem Totalverbot,

Norditalien: 500 Euro Strafe fürs Burqa-Tragen

Im norditalienischen Städtchen Novara, das seit Januar 2010 das Tragen einer „Ganzkörperverhüllung" oder „Gesichtsverschleierung" unter Strafe stellt, wurde Anfang Mai dieses Jahres erstmals eine „Burqaträgerin" verurteilt. Es handelt sich um eine junge tunesische Staatsbürgerin, die in Begleitung ihres Ehemanns unterwegs war und in der Nähe eines Postbüros durch Carabinieri kontrolliert wurde. (Es muss sich um Anhänger einer islamistischen Strömung oder Sekte handeln, da in der tunesischen Gesellschaft selbst das „einfache" moslemische Kopftuch nicht sehr verbreitet ist – obwohl es in jüngerer Zeit zunimmt.) Ihr wurde eine Geldstrafe von 500 Euro aufgebrummt. Das Rathaus von Novara wird durch die „rechtspopulistische", rassistische Regionalpartei Lega Nord regiert. (Vgl. AFP-Meldung vom 4. Mai 10)

in Bälde wohl auch gegen französische Interessen – vermeldet. (10) Auch sonst wird mit heftigen Reaktionen im Ausland, vor allem in muslimisch dominierten Ländern, gerechnet. Die französische Innenministerin Michèle Alliot-Marie versucht damit zusammenhängende Befürchtungen zu beruhigen, indem sie sich auf die ultrareaktionäre Monarchie Saudi-Arabiens – ein Land, das durch die rigoristische Moslemsekte der Wahhabiten regiert wird – berief: Auch diese habe, Alliot-Marie zufolge, „die Ganzkörperverhüllung „sogar in Mekka verboten“. Das Problem an der Sache ist nur, dass ihre Behauptung nicht zutrifft (11).

Außenminister Bernard Kouchner seinerseits rechnet mit Kritik aus den USA – wo der Religionsfreiheit ein quasi absoluter Stellenwert zugemessen wird – und seitens von NGOs, aber auch „aus Pakistan und der Türkei“. Seitens des fundamentalistisch regierten Saudi-Arabien rechnet Kouchner hingegen eher damit, dass das französische Burqa-Verbot hingenommen werde, „weil Ihr bei Euch machen könnt, was Ihr wollt“ – „aber im Gegenzug eingefordert wird, dass auch wir bei uns machen dürfen, was wir wollen, wenn wir bspw. Frauen nicht Auto fahren lassen“. (12) Im Hinblick auf die Situation der Frauen ist Saudi-Arabien tatsächlich wohl das übelste Land der Erde, und Frauen ist dort tatsächlich verboten, am Steuer eines Autos zu sitzen. Ob mit der von Kouchner antizipierten Reaktion – Akzeptanz eines Bekleidungsverbots in Europa „im Gegenzug“ zur Hinnahme stockreaktionärer Gesetze in Saudi-Arabien – für die Frauenrechte irgend etwas gewonnen wäre, darf grundsätzlich bezweifelt werden. Die Frauenrechte werden, neben dem „bedrohten Abendland“, durch die Befürworter eines Burqa-Verbot mitunter gern beschworen. Nicolas Sarkozy hatte sich übrigens anlässlich eines Besuchs in Saudi-Arabien über die dortige Religiosität begeistert gezeigt.(13)

Unterdessen hat, aus anderen Gründen, die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty international ihrerseits Frankreich dazu aufgefordert, von einem gesetzlichen Totalverbot die Finger zu lassen (14).

Laut der Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné‘ rät Präsident Nicolas Sarkozy inzwischen seinem politischen Lager dazu, „dieses Thema nicht allzu lange im Mittelpunkt stehen zu lassen“. Denn „dieses Dossier ist für die Franzosen kein vorrangiges Thema. (...) Wir müssen so schnell wie möglich aus diesem Ding ‘rauskommen.“ (Ausgabe vom 19.5.10) Dies war nicht zu jedem Zeitpunkt die Auffassung Nicolas Sarkozys. Doch offenkundig zieht das Thema – obwohl es in einem Teil der Gesellschaft die Gemüter erhitzt – auf breiterer „Massenebene“ nicht genügend Aufmerksamkeit auf sich, um die Leute wirklich „in Bann zu halten“ und ihre politischen Prioritäten zu fixieren. Dazu hat für einen Großteil der Französinnen und Franzosen wohl doch die Suche nach Antworten auf die Wirtschafts- und Sozialkrise, sowie die Besorgnis über die angedrohte Renten„reform“ deutlichen Vorrang.

Sollte die „Burqa-Diskussion zu Anfang hauptsächlich Ablenkung davon versprechen, so scheint Sarkozy sie nunmehr eher für einen Klotz am Bein zu halten. Es sei denn, das Zitat im ‚Canard enchaîné‘ widerspiegelt ein taktisches Ablenkungsmanöver, und er glaubt in Wirklichkeit doch an einen Ablenkungseffekt...

Bernhard Schmid, Paris ■

Belgien: Der Vlaams Belang gegen die Burqa

In Belgien machte jüngst die rassistisch-separatistische, rechtsextreme Partei Vlaams Belang (Flämisches Interesse) gegen die Burqa mobil. Am Samstag, 22.5.10 führten mehrere Dutzend weibliche Parteimitglieder in Brüssel – im Anschluss an den Parteitag des Vlaams Belang – eine symbolische Aktion durch. Bekleidet mit T-Shirts, die folgende Aufschrift trugen: „Der Islam ist schädlich für die Gesundheit“, warfen sie Burqa-Gewänder in eine bereitstehende Mülltonne. Drei weibliche Mitglieder der faschistischen Partei trugen dabei selbst eine solche „Burqa“ in schwarzer Farbe – die afghanischen Orginale sind eher blau oder violett –, die sie im Laufe der Aktion abstreiften. Ihre Agitprop-Veranstaltung war ursprünglich als Reaktion gegen einen am selben Tag geplanten Aufmarsch einer Moslemsekte, die das Burqatragen befürwortet und gegen das (in Belgien Ende April verabschiedete) Verbot protestieren wollte, angekündigt. Letztere Protestdemo war jedoch verboten worden und fand nicht statt. (4)

1 Vgl. Im Original : http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/05/19/les-sept-articles-du-projet-de-loi-sur-le-voile-integral-au-menu-du-conseil-des-ministres_1353955_3224.html#ens_id=1245449 oder http://abonnes.lemonde.fr/politique/article/2010/05/19/voile-integral-et-maintenant_1353894_823448.html . Vgl. zum ‚stage de citoyennté’ auch: http://www.lepoint.fr/actualites-societe/2010-05-17/voile-integral-l-amende-prevue-pourra-etre-remplacee-par-un-stage-de-citoyennete/920/0/455758

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2010/05/18/97001-20100518FILWWW00520-voile-integral-le-pen-prone-l-expulsion.php

3 Vgl. dazu: http://www.islamophobie.net/ user-res / fichiers/ContreRapportGerin.pdf

4 Vgl. http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1108997/2010/05/22/Le-Vlaams-Belang-jette-symboliquement-la-burqa-a-la-poubelle.dhtml

5 Vgl. dazu http://www.lepoint.fr/actualites-societe/2010-05-17/voile-integral-l-amende-prevue-pourra-etre-remplacee-par-un-stage-de-citoyennete/920/0/455758 oder http://www.lepoint.fr/actualites-societe/2010-05-18/fait-divers-loire-atlantique-deux-femmes-s-echarpent-en-public-pour-un-niqab/920/0/456115

6 Vgl. http://oumma.com/Une-passante-a-une-femme-voilee?utm_source=Newsletter+Oumma.com&utm_campaign=84cf466b26-RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email

7 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/05/18/2078763_seine-saint-denis-un-debat-sur-le-voile-integral-se-termine-en-violences.html oder http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jYea-WmhlXNNWx3T3VtbLYQb7Glg und http://oumma.com/Un-debat-sur-le-voile-integral?utm_source=Newsletter+Oumma.com&utm_campaign=2cf7290279-RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email

8 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/05/19/2079365_derapage-du-debat-sur-le-voile-integral-a-montreuil-la-presidente-de-ni-putes-ni-soumises-porte-plainte.html#xtor=EPR-275-%5BNL_732%5D-20100520-%5Bfaits-divers

9 Vgl. http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/05/19/voile-integral-l-inquietude-des-policiers_1354250_3224.html oder http://www.rue89.com/2010/05/11/burqa-les-policiers-non-plus-ne-veulent-pas-dune-dinterdiction-151058

10 Vgl. zu Belgien/Pakistan: http://www.lalibre.be/actu/international/article/583007/la-loi-belge-sur-la-burqa-irrite.html oder http://www.rtlinfo.be/info/monde/international/581119/burqa-des-terroristes-pakistanais-menacent-la-belgique sowie aus französischer Sicht: http://www.youtube.com/watch?v=vMMpIlZugro&feature=player_embedded

11 Vgl. http://decodeurs.blog.lemonde.fr/2010/05/19/le-voile-integral-est-il-interdit-a-la-mecque/#xtor=RSS- 2280322 oder http://www.lepost.fr/article/2010/05/19/2079798_non-mam-le-voile-integral-n-est-pas-interdit-a-la-mecque.html#xtor=EPR-275-[NL_732]-20100520-[politique]

12 Vgl. http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/05/02/interdiction-de-la-burqa-kouchner-s-attend-a-des-critiques-dans-le-monde_1345625_3224.html

13 Vgl. dazu folgenden Artikel vom Verfasser diéser Zeilen: http://www.trend.infopartisan.net/trd0208/t290208.html

14 Siehe http://www.amnesty.fr/index.php/amnesty/s_informer/actualites/la_question_du_voile und auch http://www.ouest-france.fr/actu/actuLocale_-Amnesty-demande-aux-parlementaires-de-rejeter-l-interdiction-du-voile-integral-_6346-1380220-fils-tous–14220-abd_filDMA.Htm oder http://www.islamenfrance.fr/regions/a-7-3905-Centre-Amnesty_International_demande_aux_parlementaires_francais_de_rejeter_la_loi_anti_burqa

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Landtagswahl NRW

Junge Freiheit Nr. 20/10 vom 14. Mai 2010

Das Abschneiden der rechten Parteien bei der Landtagswahl kommentiert das Blatt enttäuscht: „Die Parteien rechts der CDU blieben wieder einmal ohne Chance. Auch der aussichtsreichste Kandidat unter den Rechtsparteien, die Bürgerbewegung Pro NRW, verpasste mit 1,4 Prozent deutlich den Einzug in den Düsseldorfer Landtag. Und das, obwohl sich die Partei über mangelnde mediale Aufmerksamkeit nicht beklagen konnte und mit annähernd 500.000 Euro auch über ein beachtliches Wahlkampfbudget verfügte. Doch in dem bevölkerungsreichsten Bundesland reicht selbst das offenbar nicht aus."

Der Euro soll weg

Junge Freiheit Nr. 20 u. 21 vom 14./21.5.10

Die Euro-Krise ist für das Blatt der Anlass, mal wieder gegen die europäische Währung zu Felde zu ziehen: „Die Umwandlung der Währungs- in eine geldfressende Transferunion nach französischem Geschmack ist die letzte Karte der Euro-Ideologen; ‚alternativlos', wie man uns weismachen will, ist sie nicht. Die Rückkehr zu nationalen Währungen ist wieder denkbar. Doch Deutschlands politische Klasse, opportunistisch und betriebsblind nach innen, feige und konfliktscheu nach außen, wagt es nicht zu denken." 1998 klagten die Rechtskonservativen Schachtschneider, Nölling, Hankel und Starbatty erfolglos gegen die Einführung des Euro. Nun haben sie erneut Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht – diesmal gegen die Bewilligung des Griechenland-Kredites. Die Klage ist zugelassen. Die Ausgabe 21 macht bereits mit der Überschrift „Raus aus dem Euro" auf und prophezeit Inflation und düstere Zeiten und behauptet: „Die europäische Einheitswährung ist endgültig gescheitert." Die Argumente gegen den Euro sind durchweg nationalistisch und durchtränkt von Hetztiraden gegen Frankreich und andere EU-Länder.

Und Kinder sollen retten

Junge Freiheit Nr. 22/10 vom 28. Mai 2010

Eine aberwitzige Kombination von Eurokrise und Geburtenrückgang treibt das Blatt zu der Aussage: „Wenn es nichts mehr zu verteilen gibt, wächst der Druck, Verantwortung für das eigene Schicksal und für das der kommenden Generationen wahrzunehmen. Persönlicher Erfolg bemisst sich dann weniger an der Zahl exotischer Urlaubsreisen …, sondern an den zeitlosen Indikatoren nachhaltigen Lebens: Ein Haus bauen, einen Baum pflanzen, ein Kind zeugen. Die Zukunft liegt in den Händen der Familien, nicht der Familien-, Sozial- und sonstigen Politiker." In verschiedenen Artikeln erscheint die Hoffnung des Blattes, die Eurokrise möge zu einem Erstarken rechter Kräfte führen, ohne dass es dafür in der Wirklichkeit Anhaltspunkte gibt. Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kater, einer der Mitunterzeichner des Heidelberger Manifests, stellt seine Sicht der Dinge in einem Interview vor: „Erstens, Bevölkerungspolitik läuft auch über das Sozialbudget. Deshalb muss diese gezielt zur Förderung unseres Staatsvolkes eingesetzt werden. Wenn also etwa ein Türke deutscher Staatsbürger ist, so muss auch er in dessen Genuss kommen, nicht aber seine ganze Großfamilie, auf die das nicht zutrifft. Zweitens, bei der Vergabe von Arbeitsplätzen müssten informell – also nicht staatlich geregelt, sondern per gesellschaftlicher Konvention – Arbeitnehmer mit Familie bevorzugt werden. Drittens, Gelder dürfen nicht mehr für Banken-Rettung ausgegeben werden oder nach Griechenland fließen. Da würden gewaltige Summen gespart werden, die dann massiv in die Familien investiert werden könnten." Und wer darf den „informellen" Gewinn einsacken? *uld* ■

Neues von der NPD

Im Zuge ihrer „strategischen Neuaufstellung" der NPD hat der Parteivorstand beschlossen, die Arbeitskreise wieder zu revitalisieren. Es handelt sich um die AK Volk und Staat (Leitung Thomas Wulff), Außen- und Sicherheitspolitik (Karl Richter),Wirtschaft (Roland Wuttke), Kultur und Brauchtum (Ulrich Pätzold) und Soziales (Thorsten Niekisch). Für die AK „Gesundheit und Energieversorgung" sowie „Christen in der NPD" werden noch Personalgespräche geführt.

Zu ihrem 5. Bayerntag" (‚großes Sommerfest") lädt die NPD am 12. Juni nach Buchhofen im Landkreis Deggendorf ein. Als Redner sind Parteichef Voigt sowie Pastörs und Ollert angekündigt, Musik soll u.a. von Frank Rennicke kommen. Das Pressefest der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" soll am 7. August in einem Ferienlager in Quitzdorf am See bei Görlitz stattfinden. An beiden Beispielen wird deutlich, dass die braune Szene ihre Veranstaltungen immer mehr auf Privatgrundstücken oder unter dem Deckmantel von „Privatveranstaltungen" durchführt. Nachdem die Neonazis das Schloss Trebnitz in Sachsen-Anhalt für 80.000 Euro ersteigert und bezahlt haben (NPD-Vorstandsmitglied Thomas Wulff und der ehemalige Funktionär der Wiking-Jugend Axel Schunk aus Stockstadt) beginnen sie auch dieses Anwesen mit Festen für die Dorfbewohner zu nutzen. In Ludwigshafen fand im „Volkshaus Gartenstadt" der „Südwestdeutsche Kulturtag" von über 100 Anhängern der Heimattreuen Jugend, der JN und dem Aktionsbüro Rhein-Neckar statt. In Grevesmühlen hat der Abbruchunternehmer und Neonazi Sven Krüger aus Jarmel einen Teil des ehemaligen Betonwerkes erworben und sein „Bürgerbüro" zu einer Festung ausgebaut. Es dient jetzt für Veranstaltungen und als Schulungsstätte für den NPD-Ordnerdienst.

Die Stolberger NPD hat sich wegen eines geplanten Hotelkaufs in Aachen an den Parteivorstand gewandt, der sich auf seiner Sitzung am 3. Juni damit befassen soll. Die Zimmervermietung solle weiter bestehen, um eine Teilrefinanzierung zu sichern, heißt es, „ausländische Kameraden" hätten ebenfalls Interesse an der Nutzung.

Den NPD-Kreisverband Vogtland führt jetzt eine Frau. Am 29. Mai wurde Beatrice Wolf aus Plauen zur neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Wolf kündigte eine „politische Sommeroffensive" an, im Vogtland werde „der politische Kampf der NPD gegen Verarmung, Abwanderung und Industrie-Verlagerung zukünftig noch ideenreicher und basisnäher geführt. Beatrice Wolf gehört auch dem sächsischen Landesvorstand des Rings Nationaler Frauen (RNF) an.

Quelle: Newsletter BAG Antifaschismus DIE LINKE., Webseite der NPD ■